

belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

BILANZ: BELARUS NACH DER PRÄSIDENTENWAHL TSCHERNOBYL: 25 JAHRE NACH DER KATASTROPHE

<p>■ KOMMENTAR</p> <p>Abgewirtschaftet: Europas letzter Diktator ringt um den Machterhalt Von Jörg Forbrig, Berlin</p> <p>Belarus: Haltet den Atem an Von Balazs Jarabik, Madrid / Dzianis Melyantsou und Alexei Pikulik, Vilnius</p> <p>Krise des Sozialmodells Von Walerij Karbalewitsch, Minsk</p> <p>Wirtschaft braucht den Rechtsstaat Die privaten Unternehmer in Belarus sind Teil der zivilen Gesellschaft und brauchen unsere Unterstützung Von Rainer Lindner, Berlin</p> <p>Belarus seit der Präsidentenwahl Von David R. Marples, Edmonton</p> <p>Wer rettet die belarussische Wirtschaft? Von Alexander Rahr, Berlin</p> <p>Politische Gefangene, Bombenattentat und Wirtschaftskrise – kein guter Start für Lukaschenka Von Stefanie Schiffer, Berlin</p>	<p>2</p> <p>3</p> <p>5</p> <p>6</p> <p>8</p> <p>10</p> <p>12</p>	<p>Die Politik der EU gegenüber Belarus oder: Wie geht man mit einer Diktatur mitten in Europa um? Von Rainer Ulrich, Wien</p> <p>■ DOKUMENTATION Verurteilung von Andrej Sannikau und weiteren Oppositionellen</p> <p>■ ANALYSE 25 Jahre nach der Katastrophe: Der politische Umgang mit Tschernobyl in Belarus Von Astrid Sahn, Minsk</p> <p>■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT Folgen der Katastrophe von Tschernobyl</p> <p>■ CHRONIK Chronik vom 14. März bis zum 24. Mai 2011</p> <p>■ LESETIPP Abstracts der Artikel aus OSTEUROPA 12/2010 »Der Fall Belarus. Gewalt, Macht, Ohnmacht«</p>	<p>14</p> <p>15</p> <p>17</p> <p>20</p> <p>26</p> <p>31</p>
--	--	--	---



IBB Internationales
Bildungs- und Begegnungswerk



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen



► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Abgewirtschaftet: Europas letzter Diktator ringt um den Machterhalt

Von Jörg Forbrig, Berlin

Während der Westen gebannt auf die arabische Welt schaut, verfolgen nur wenige, wie ein anderer Diktator in Europas direkter Nachbarschaft unter Druck gerät: Aljaksandr Lukaschenka in Belarus. Fast zwei Jahrzehnte lang beherrschte der frühere Kolchosvorsitzende sein Land mit drei wesentlichen Mitteln. Ein riesiger Sicherheitsapparat unterdrückt brutal jeglichen Dissens und sorgt für eine gesellschaftliche Atmosphäre der Angst. Eine sowjetische Planwirtschaft liefert, auf der Basis russischer Subventionen, einen bescheidenen, doch stabilen, Wohlstand. Und geschicktes geopolitisches Lavieren spielt europäische und russische Interessen gegeneinander aus und eliminiert so effektiven Druck aus West wie Ost. Alle drei Strategien scheitern jedoch in letzter Zeit zusehends.

Die Abwärtsspirale beschleunigte sich mit den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2010. Seiner gesellschaftlichen Unterstützung unsicher erhöhte Lukaschenka die Gehälter im dominanten Staatssektor massiv. Als die Belarussen dennoch zu Zehntausenden gegen Lukaschenkas manipulierte Wiederwahl protestierten, traf sie die volle Wucht des Polizeistaates. Massenverhaftungen führten zu einer ungekannten Solidaritätswelle in der Bevölkerung und beendeten Europas Annäherung an das Land. Nunmehr befindet sich Lukaschenka in völliger Abhängigkeit von Russland, seinem einst großzügigen, zunehmend jedoch zögerlichen Sponsor.

Lukaschenkas wachsende Nervosität übersetzte sich in eine hysterische Kampagne gegen alle Andersdenkenden. Als »fünfte Kolonne« verunglimpft finden sich Demokraten, Oppositionsparteien, Menschenrechtler und freie Medien Hausdurchsuchungen, Verhören und Verboten ausgesetzt. Die Staatspropaganda hetzt gegen den Westen und vor allem Polen und Deutschland werden der Verschwörung gegen Lukaschenka beschuldigt. Die gesamte Führung der Opposition wurde verhaftet, vom KGB teils gefoltert und in politischen Schauprozessen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Nichtsdestotrotz scheint die Kritik an Lukaschenka, sei es im Internet oder am Küchentisch, nicht verstummen zu wollen.

Zudem bricht die belarussische Wirtschaft zusammen. Die Währungsreserven haben seit Oktober 2010 um zwei Drittel abgenommen und die Nationalbank sah sich zu einer Entwertung des Rubels gezwungen. In Panikkäufen versuchten die Belarussen, ihr Geld in Devisen, Konsumgüter und Nahrungsmittel umzusetzen, bekommen jedoch immer weniger für ihr Geld. Ausländische Investitionen fielen auf null. Einheimi-

sche Unternehmen haben 600.000 Beschäftigte, etwa 13 % aller Arbeitnehmer, in den Zwangsurlaub geschickt. Monatlich benötigt Belarus 1 Mrd. US-Dollar, kommt aber kaum noch an Kredite, da der Westen sich weigert, Russland auf Zeit spielt und die Kreditwürdigkeit des Landes mittlerweile schlechter ist als die der Sorgenkinder der Eurozone.

In dieser verzweifelten Situation kam es im April zu einem Bombenanschlag auf die zentrale Metrostation der Hauptstadt Minsk, der 14 Tote und über 200 Verletzte forderte. Zwar fanden die Behörden schnell geständige Täter, dennoch litt die gefühlte Stabilität und Sicherheit, die viele Belarussen Lukaschenka zugutehalten. Zudem gibt es den verbreiteten Verdacht, dass der Staat selbst hinter dem Anschlag steckt, sei es, um von Belarus' wachsenden Problemen abzulenken und einen Vorwand für weitere Schritte gegen die Opposition zu haben, sei es als Ergebnis interner Machtkämpfe unter Fraktionen des Sicherheitsapparates. In beiden Fällen leidet Lukaschenkas Position. Entweder zeigt er sich zunehmend gewaltbereit gegen die eigene Bevölkerung oder aber er verliert die Kontrolle über seinen Apparat.

Gewalt gegen Kritiker, wirtschaftlicher Ruin und Sicherheitsbedenken schmälern zusehends Lukaschenkas Unterstützung unter der belarussischen Bevölkerung. Meinungsumfragen zeigen, dass alleine von Januar bis März 2011 sein Rückhalt um 10 % abgenommen hat und sich der Niedrigstmarke von einem Viertel nähert. Dazu befürwortet eine Mehrheit der Belarussen nunmehr einen EU-Beitritt und lehnt engere Bindungen an Russland ab – eine komplette Umkehrung der Haltung von vor fünf Jahren. Offensichtlich wendet sich auch die öffentliche Meinung, selbst in einer Diktatur nicht zu vernachlässigen, mehr und mehr gegen Lukaschenka.

Es mag zu früh sein, um das Ende Lukaschenkas vorherzusagen. Klar ist allerdings, dass ihm zunehmend die Mittel ausgehen, um die Bevölkerung wie auch seine gierige Nomenklatura ruhigzustellen. Sein Überleben hängt nunmehr an Russland und der EU. Der Kreml hat bereits eine dringende Kreditbitte um 3 Mrd. US-Dollar zur Stabilisierung des Landes erhalten. Moskau wird allerdings nur helfen, wenn Minsk Wirtschaftsreformen, Privatisierungen zugunsten russischen Kapitals und weitere politische Integration zusagt. Dies kommt jedoch einer teilweisen Aufgabe von Lukaschenkas Macht und der Unabhängigkeit seines Landes gleich.

Die EU ihrerseits hat nach Wahlbetrug und politischen Repressalien alle politischen Kontakte mit Belarus eingefroren, treibt jedoch weiterhin ausgedehnten

Handel mit dem Regime. Indem es Belarus den größten Teil seiner Exporte abnimmt, erhält die EU Lukaschenkas Macht aufrecht. Sie sollte daher umgehend Wirtschaftssanktionen einführen, die vor allem Ölprodukte, Chemikalien, Düngemittel, Textilien und Maschinenbau treffen. Wie die Erfahrung mit ähnlichen US-Sanktionen zeigt, zwingt nur wirtschaftlicher Druck Lukaschenka an den Verhandlungstisch. Dort muss die erste Forderung der Freilassung aller politischen Gefangenen gelten, gefolgt von Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition zur Überwindung der derzeitigen Krise im Land.

Über den Autor:

Dr. Jörg Forbrig ist Osteuropa-Experte beim German Marshall Fund of the United States in Berlin.

KOMMENTAR

Belarus: Haltet den Atem an

Von Balazs Jarabik, Madrid / Dzianis Melyantsou und Alexei Pikulik, Vilnius

Hartes Durchgreifen bei Protestaktion gegen Wahl-
ergebnisse, Explosion in einer Metro mit Dut-
zenden von Toten, bedeutende Verluste einheimischer
Ersparnisse aufgrund abstürzender nationaler Wäh-
rung, höchste Inflation in zehn Jahren, Niedergang von
Unternehmen bedingt durch Mangel an harter Wäh-
rung – das ist nicht das, was Sie im Kopf haben, wenn
Sie an Belarus denken. Und auch wenn Sie heute Bela-
rus besuchen, wo all das in bloß fünf Monaten gesche-
hen ist, würden Sie von diesem Chaos nicht allzu viel
bemerken.

Klar ist, dass sich Belarus seit dem 19. Dezember
beträchtlich verändert hat. Die Säulen des Regimes sind
schwer beschädigt oder zerstört worden, und es hat eine
lange Kette von einander widersprechenden Entschei-
dungen gegeben, insbesondere bei den finanziellen und
wirtschaftlichen Maßnahmen. Dies könnte als Hinweis
auf Spaltung und Schwäche der Führung gesehen wer-
den, wenngleich sich Konturen eines neuen Regimes
nicht abzeichnen. Es gab keinen Plan B für die Zeit nach
den Wahlen. Diese neue Wirklichkeit ist durch zuneh-
mende Unsicherheit in der herrschenden Elite und auch
in der Opposition gekennzeichnet. Selbst wenn nicht
zu erwarten ist, dass sich die Gesellschaft radikalisiert,
können die bereits entstandenen Emotionen und Span-
nungen zu weiteren unerwarteten Ereignissen führen.
Belarus ist angespannt wie nie zuvor.

Lukaschenka wird seine Macht sicher nicht freiwillig
aufgeben, sondern mit allen Mitteln darum kämp-
fen. Damit die Situation nicht noch hässlicher wird, sind
Europa und Russland gefordert, entschieden und koor-
diniert einzuschreiten. Belarus ist beider gemeinsamer
Nachbar und es ist im besten europäischen und russi-
schen Interesse, dass der Wandel in diesem Land dem
friedvollen tunesischen Weg folgt und nicht dem Blut-
vergießen von Libyen oder Syrien.

Sprengt das Regime

Am 11. April 2011 explodierte eine Bombe in der Metro
von Minsk, sie tötete 14 und verwundete ungefähr
200 Menschen. Nach weniger als zwei Tagen meldete
Lukaschenka, dass die für den Anschlag Verantwort-
lichen bereits festgenommen wurden und sich zur U-
Bahn-Bombe bekannt haben. Die Geschwindigkeit, mit
der das Verbrechen aufgeklärt wurde, und die zusätzli-
chen Bekenntnisse der Verhafteten zu den Bombenan-
schlägen von 2008 in Minsk und von 2005 in Wizebsk
liefern keine Antworten, sondern werfen eine Reihe
neuer Fragen auf. Die Explosion von 2008 eröffnete eine
größere Reorganisation der Machteliten. Dazu gehörte
die Entlassung des damaligen Sekretärs des Sicherheits-
rates Wiktar Schejman und des – von der EU kürz-
lich wie Lukaschenka und viele andere mit einem Ein-
reiseverbot belegten – Leiters der Präsidialverwaltung
Henads Njawayhla sowie das Auftauchen von Wiktar
Lukaschenka, dem ältesten Sohn des Präsidenten, als
einer Kraft, mit der zu rechnen ist. Dies schien eine
Öffnung zum Westen einzuläuten.

Wie auch immer, nun kündigen die Explosion
sowie die fortgesetzten finanziellen und wirtschaftli-
chen Probleme des Landes vielleicht etwas anderes an.
In den letzten vier Monaten sind drei wichtige Säulen
von Lukaschenkas Regime zerbröckelt, oder zumin-
dest ernsthaft beschädigt worden: 1) die multivektorale

Außenpolitik (beim Manövrieren zwischen der EU und Russland wird ein Maximum an Gewinn herausgezogen), 2) stetiges ökonomisches Wachstum und Stabilität, 3) innere Sicherheit und Frieden.

Erstens isolierten das scharfe Vorgehen gegen die Opposition und die Welle politischer Deliberalisierung, die nach dem 19. Dezember einsetzte, Belarus vom Westen und erhöhten die Abhängigkeit des Landes von Russland drastisch. Dies hat bis dato die politischen und wirtschaftlichen Risiken für Lukaschenkas Regime vergrößert, da es Europa als eine Quelle für Technologien, Fachwissen, finanzielle Unterstützung sowie politische Inputs und Orientierungen bis auf Weiteres verlor. Dadurch wurden die Bürokraten, die gerade anfangen sich für den Westen zu erwärmen, politisch im Stich gelassen. Letztlich waren diese Entwicklungen nicht im Interesse von Lukaschenka, was zu Spekulationen über die Vorherrschaft des pro-russischen Lagers in seinem engsten Umfeld führte. Gleichmaßen könnte die Annahme zutreffen, dass das relative »Tauwetter«, das Ende März, Anfang April mit der Freilassung von einigen politischen Gefangenen und dem »Aufweichen« der harten Strafverfolgung begann, ein Zeichen der Stärkung der pro-europäischen Lobby in der Topelite ist.

Zweitens ist durch die ökonomische Krise, die im März sichtbar wurde, und durch den Mangel an harter Währung und bestimmten Lebensmitteln der Mythos des stabilen Wirtschaftswachstums des Landes angefochten worden. In Erwartung von russischen Krediten, die Russland nur unter bestimmten Bedingungen zu gewähren beabsichtigt, zögern die belarussischen Machthaber den Rubel abzuwerten. Inzwischen lebt die gesamte Bevölkerung in einer Situation steigender wirtschaftlicher Unsicherheit, die sich nun auch im Absturz des Rubels zeigt.

Drittens stellte die Explosion in Minsk die Wahrnehmung von Lukaschenkas Regime als eines, das Ordnung, Sicherheit und Frieden bietet, in Frage.

In der Vergangenheit war es die Schwäche dieser Säulen, die das Regime zu Korrekturen veranlasste; eine von ihnen war die Öffnung nach Westen auf der Suche nach finanzieller Unterstützung und Fachwissen. Aber jetzt, nach dem 19. Dezember, fühlt sich Lukaschenka einerseits vom Westen verraten und andererseits ist er besonders verletztlich gegenüber Russland. Die angespannte politische Entwicklung weist klar darauf hin, dass es weder ein Abkommen mit Russland noch einen anderen Plan als die Intensivierung des Dialogs mit dem Westen nach den Wahlen gab. Die Explosion in

der Metro könnte entweder als eine maximale Ausbeutung der Situation beurteilt werden (d. h., die Explosion war gegen seine Herrschaft oder sein Regime gerichtet und ein Signal für ernsthafte Richtungskämpfe), oder als ein Versuch, den Status quo durch die Verstärkung von emotionalen Faktoren wie Angst und Loyalität zu bekräftigen.

Haltet den Atem an

Das Ziel des terroristischen Anschlags war es, Unsicherheit und Panik zu säen. Außerdem gibt der Anschlag den Machthabern die Möglichkeit einen neuen internen oder externen Feind zu benennen. Sogar im Falle, dass die Opposition zum Sündenbock wird, würde das nicht zwangsläufig eine der beiden obigen Optionen nahelegen. Belarus ist geteilt: Solange kein externer Feind ausgemacht ist, beschuldigt Lukaschenka die Opposition, und die Opposition schreibt Lukaschenka die Schuld zu.

Nach einer zeitnah durchgeführten Online-Umfrage durch tut.by, das größte unabhängige (nicht oppositionelle) Webportal, bringen 60 % der Leser den Anschlag mit der Regierung in Verbindung. Das zeigt, wie gering das Vertrauen in Belarus ist, und das ist derzeit auch für die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Minsk und seinen wichtigsten externen Partnern (Russland und die EU) charakteristisch. Jetzt beschuldigt Lukaschenka den Westen, den 19. Dezember als Anlass zu nehmen, um eine Revolution anzufachen, obwohl ihm klar sein muss, dass die Situation in jenen Nächten weit davon entfernt war revolutionär zu sein. Im Bemühen Stärke zu zeigen, werden oppositionelle Aktivisten zu beträchtlichen Gefängnisstrafen für im Grunde geringfügige Ordnungswidrigkeiten verurteilt. Im Westen wird dies als faktische Schwäche des Regimes betrachtet. Zudem wurde die frühere solide Wirtschaftspolitik der Regierung durch den Kreuzzug Lukaschenkas gegen den Westen »gekapert«, was dazu führte, dem Rat des IWF, die Währung nach den Wahlen abzuwerten, nicht zu folgen. Minsk befürchtete, dies könnte als Schwäche ausgelegt werden. Lange Zeit mangelte es an Dialog, sowohl innerhalb der Gesellschaft als auch zwischen Minsk und Brüssel oder Moskau. Jetzt verhärten sich die Fronten.

Unter diesen Umständen benötigt Belarus mehr und andersartige Aufmerksamkeit von der internationalen Gemeinschaft. Allerdings kann der Westen in dieser Situation kaum mehr tun als den Atem anzuhalten.

Übersetzung aus dem Englischen von Frauke Rubart

Über die Autoren:

Balazs Jarabik ist Associate Fellow am FRIDE-Institut in Madrid.

Dzianis Melyantsou und Dr. Alexei Pikulik sind Analysten am Belarus Institute for Strategic Studies (BISS) in Vilnius.

Krise des Sozialmodells

Von Walerij Karbalewitsch, Minsk

Das von Aljaksandr Lukaschenka geschaffene belarussische Sozialmodell sorgte über anderthalb Jahrzehnte hinweg für Stabilität im Land. Der Präsident selbst sicherte sich den Ruf des Entdeckers einer alternativen Variante der postsozialistischen Transformation – ohne Marktreflexen und ohne Demokratie.

Dieses Modell ist nun allerdings in die Krise geraten. Zum Wendepunkt wurden die Ereignisse vom 19. Dezember 2010. An diesem Tag trieb die Polizei die Opposition, die gegen die Fälschung der Präsidentenwahlen protestierte, auseinander. Mehr als 700 Menschen wurden festgenommen, darunter sieben Präsidentschaftskandidaten und 20 Journalisten.

In erster Linie haben die Präsidentenwahlen eine Vertrauenskrise in der Gesellschaft gegenüber Lukaschenka und seinem Regime gezeigt. Nach Einschätzung von Experten hat das amtierende Staatsoberhaupt im Land insgesamt ca. 50 % der Stimmen erhalten, in Minsk aber weniger als 40 %. Und das trotz Machtmonopol bei Radio und Fernsehen. Für einen »Präsidenten des Volkes«, der die massenhafte Unterstützung der Belarussen gewöhnt ist, war das ein Schock.

Ein großer Teil der Bevölkerung war von der offensichtlichen Ungerechtigkeit gegenüber der Opposition schockiert und in Aufruhr. Die Spaltung der Gesellschaft vertiefte sich. Die einzige naheliegende Reaktion Lukaschenkas auf diese Vertrauenskrise war die Verstärkung der Repression gegen die Opposition und die Gesellschaft insgesamt. Derzeit laufen in Belarus Gerichtsprozesse gegen die Teilnehmer an den Protesten vom 19. Dezember. Diese werden zu zwei- bis vierjährigen Haftstrafen verurteilt und im Ergebnis wird es einige Dutzend neue Gefangene in Belarus geben.

Als Folge der Ereignisse vom 19. Dezember kam es zu einer Krise in der Außenpolitik. Im Ergebnis der Präsidentschaftskampagne geriet die belarussische Regierung in einen scharfen Konflikt mit der EU und den USA. Lukaschenka erlitt eine ernste diplomatische Niederlage. Die Anerkennung der Wahlen durch den Westen mittels vorgetäuschter Liberalisierung scheiterte grandios. Das Land war nach den Wahlen international isoliert. All das bedeutet, dass der Handlungsspielraum der belarussischen Regierung sich wesentlich verengt hat. Ein Lavieren zwischen Russland und dem Westen, wie es Minsk in der letzten Zeit getan hatte, ist unmöglich geworden. Minsk steht Moskau nun Mann gegen Mann gegenüber. Russland versäumte es nicht die ausweglose Situation der Regierung in Minsk auszunutzen und dem Land die eigenen Spielregeln aufzudrücken.

All diese Probleme waren jedoch nicht wirklich gefährlich für das Regime, so lange innerhalb des Landes die Stabilität gewahrt werden konnte. Im März 2011 kam es allerdings zu einer Währungskrise in Belarus, die sich schnell zu einer umfassenden Wirtschaftskrise ausgewachsen wird.

Die propagandistische Rhetorik Lukaschenkas und der staatlichen Medien im Wahlkampf 2010 war auf wirtschaftlichem Erfolg begründet. Der amtierende Präsident stellte aber kein Programm für eine Zukunft Belaruss' vor, wie das normalerweise im Wahlkampf üblich ist. Eigentlich bestand das gesamte Wahlprogramm des Präsidenten aus dem simplen Versprechen, den Durchschnittslohn bis Ende des Jahres auf 500 US-Dollar anzuheben und die Stabilität zu erhalten. Diese Aufgabe wurde zum Preis einer mit ausländischen Krediten aufgeblasenen Wirtschaft erfüllt – und diese Blase ist nun geplatzt.

Die Währungskrise machte sich vor allem dadurch bemerkbar, dass Fremdwährungen aus den Wechselstuben verschwanden und praktisch nicht mehr an der belarussischen Devisenbörse gehandelt wurden. Viele Belarussen hoben in Panik Rubel und Dollar von ihren Konten ab. Die anderen Sparer quält nun die Hamlet-Frage: abheben oder nicht abheben?

Die Machtorgane sind zu Zwangsmethoden der Geldregulierung übergegangen, so dass im Land unterschiedliche Wechselkurse angeboten werden.

Als Folge der Währungsprobleme hat die Inflation das Land überrollt. Seit Beginn des Jahres sind die Preise um 9 % gestiegen, der Reallohn sank bis Januar/Februar um 12 %. Nach der offiziellen Statistik sind durch die Wirtschaftskrise schon 600.000 Menschen arbeitslos geworden.

Die Gründe für diese kritische Lage bei der Währung muss man in der Natur des Sozialmodells suchen. Eine nicht-reformierte Wirtschaft mit dominierendem Staatssektor und dirigistischen Lenkungsmethoden kann nicht effektiv sein. Sie verbraucht mehr als sie produziert, der Import übersteigt den Export, ein Minus in der Außenhandelsbilanz ist die Folge.

Nachdem Russland 2007 die Finanzhilfen an die belarussische Wirtschaft gesenkt hatte, stellte sich heraus, dass Belarus wirtschaftlich bankrott gegangen war. Das Land überlebte dank ausländischer Kredite und driftete immer stärker in die lähmende Abhängigkeit von ausländischen Geldern.

Wie geht es nun weiter? Man kann sich weiterhin in Schulden stürzen, neue Kredite aufnehmen, um die

alten zu tilgen, und hoffen, dass die Finanzpyramide erst zusammenfällt, wenn der heutige Machthaber nicht mehr an der Spitze des Staates steht.

Die Frage ist aber, woher die Kredite kommen sollen. Mit Beginn der Währungskrise stieg der Preis für die belarussischen Euroanleihen auf 12,63 %. Das heißt, auf diesem Wege sind keine neuen Kredite zu realisieren.

Während der weltweiten Wirtschaftskrise erhielt Belarus Kredite in Höhe von 3,5 Mrd. US-Dollar vom Internationalen Währungsfonds. Jetzt aber, in einer Zeit des harten Konflikts zwischen Belarus und dem Westen, wird es schwierig, neue Kredite vom IWF zu erhalten.

Blieben also die russischen Kredite. Belarus erbat 1 Mrd. US-Dollar von Russland und 2 Mrd. vom Antikrisenfonds der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (Mitglieder: Kasachstan, Kirgistan, Russland, Tadschikistan, Belarus), die ebenfalls von Moskau kontrolliert wird. Russland legte die Bedingungen für die Privatisierung einiger belarussischer Staatsunternehmen zugunsten russischer Unternehmen fest, Belarus lehnte es jedoch ab, seine Aktiva zu solch niedrigen Preisen zu verkaufen. Als Antwort erklärte Moskau, dass es lediglich zu einer Bereitstellung von 1 Mrd. US-Dollar aus dem Antikrisenfonds der EAWG bereit sei.

Aber auch wenn die geforderte Gesamtsumme bereitgestellt würde, reichte das Geld nur für einige Monate.

Über den Autor:

Dr. Walerij Karbalewitsch arbeitet für das Minsker Analysezentrum »Strategy« und beschäftigt sich mit dem belarussischen politischen System, der Zivilgesellschaft sowie der Außen- und Sicherheitspolitik des Landes.

Dann würde sich das Spiel wiederholen und neue Kredite wären nötig.

Der andere Ausweg aus der Krise setzt schmerzhaft Reformen voraus – die Demontage des derzeitigen Sozialmodells und die Privatisierung der Staatsunternehmen. Gleichzeitig wäre eine Kürzung der Staatsprogramme nötig und die Beendigung der Finanzierung ineffektiver Unternehmen aus dem Staatshaushalt, mit allen sich daraus ergebenden sozialen Folgen, wie dem Anstieg der Arbeitslosigkeit und der sozialen Spannungen.

Das Problem ist, dass dieser Weg früher oder später gegangen werden muss. Entweder jetzt oder nach dem Zusammenbruch der Finanzpyramide, die auch das belarussische Sozialmodell unter sich begraben wird.

Letztendlich befindet sich Belarus in einer historischen Sackgasse. Das heutige autoritäre politische System birgt Probleme, für die es keine Lösung gibt. Lukaschenka kann sich aber nur im Rahmen des bestehenden Systems an der Macht halten. Nur dieses System garantiert ihm die Unabsetzbarkeit.

Tragisch daran ist, dass nicht nur das Regime für die derzeitige Krise zahlt, sondern die ganze Gesellschaft. Der Machterhalt Lukaschenkas kommt die Bevölkerung immer teurer zu stehen.

Übersetzung aus dem Russischen von Judith Janiszewski

KOMMENTAR

Wirtschaft braucht den Rechtsstaat

Die privaten Unternehmer in Belarus sind Teil der zivilen Gesellschaft und brauchen unsere Unterstützung

Von Rainer Lindner, Berlin

Die erschreckenden Ereignisse am Abend der Präsidentschaftswahl in Belarus gaben das Signal zu einem dramatischen Kurswechsel der politischen Führung des Landes. Seither schaffen das gewaltsame Vorgehen der Sicherheitskräfte, zahlreiche Verhaftungen, Durchsuchungen von Wohnungen und Zeitungsredaktionen sowie Konfiszierungen von Privateigentum im Land eine Atmosphäre der Angst, die eine demokratische Öffnung des Landes vorläufig verhindert. Derzeit laufen Prozesse gegen Mitglieder der Opposition, die

von der EU und dem Europarat scharf kritisiert werden. Die politischen Gefangenen werden zu teilweise langjährigen Haftstrafen verurteilt. Die Explosion in der Minsker U-Bahn mit 14 Toten und über 200 Verletzten am 11. April 2011 wurde von der politischen Führung als Anlass zur weiteren Verschärfung der Attacken auf die Opposition genommen. Die verbalen Ausfälle des belarussischen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka gegen Politiker der Nachbarländer und der EU, darunter Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Bun-

desaußenminister Guido Westerwelle, schaden zusätzlich dem Image des Landes und den Beziehungen zu den Nachbarn. Damit sind die Hoffnungen auf Veränderungen in der politischen Kultur von Belarus und auf eine Annäherung an die EU, die es vor den Wahlen am 19. Dezember 2010 durchaus gab, bitter enttäuscht worden.

Auf der anderen Seite gibt es für den Annäherungsprozess von Belarus an die EU keine wirkliche Alternative. Präsident Lukaschenka glaubte nach der überraschend schnellen Einigung mit Russland über den gemeinsamen Wirtschaftsraum und über weitere subventionierte Öl- und Gaslieferungen kurz vor der Wahl, wieder über einen entsprechenden Handlungsspielraum zu verfügen. Doch die Wirtschaft des Landes fällt zusehends auseinander. Um die wirtschaftliche Talfahrt aufzuhalten, braucht das Land dringend Kredite in Milliardenhöhe. Angesichts der gegenwärtigen politischen Situation ist weder von der EU-Kommission noch vom IWF Hilfe zu erwarten. Lukaschenka führt deshalb Verhandlungen mit Russland, das aber an keiner schnellen Einigung interessiert zu sein scheint und den Preis für weitere Kredite angesichts der schlechten Verhandlungsposition der belarussischen Regierung nach oben treibt. Unter anderem drängt Moskau auf eine Einführung des russischen Rubels und die Übernahme der noch verbliebenen Filetstücke der belarussischen Wirtschaft.

Die aktuellen Wirtschaftsdaten aus Minsk sprechen eine klare Sprache: Das Außenhandelsdefizit wuchs nach Angaben des belarussischen Finanzministeriums allein im April um 1 Mrd. US-Dollar. Das Land hat so gut wie keine Devisen mehr: Seit Januar sanken die geschätzten Währungsreserven um ein Viertel auf unter 4 Mrd. Dollar. Der Staat hatte zwar versucht, den Rubelkurs künstlich hochzuhalten und den Devisenkauf beschränkt. Doch damit löste er einen wahren Ansturm der Bevölkerung auf die Banken aus. Der Grund für die panischen Devisenkäufe liegt nicht nur in der Absicherung gegen eine weitere Rubel-Abwertung und eine Inflation. Da zum 1. Juli 2011 im Rahmen der neuen Zollunion mit Russland und Kasachstan die hohen russischen Importzölle für Autos übernommen werden, fahren Belarussen noch schnell zum Autokauf nach Europa. Die Destabilisierung der wirtschaftlichen Situation kann selbst der Präsident in seinen Reden nicht leugnen, allerdings gibt er die Schuld an der ausgeprägten Valuta- und Lebensmittelknappheit dem »Druck von außen«. Am 11. Mai sah die Regierung sich gezwungen, den Kurs des belarussischen Rubels freizugeben, woraufhin der Wechselkurs einbrach und die Bevölkerung einen Teil ihrer Ersparnisse verlor.

Laut Ministerpräsident Mjasnikowitsch sind in den ersten drei Monaten 2011 lediglich 62,8 Mio. US-Dollar Direktinvestitionen ins Land gekommen – nur ein

Prozent der für das Gesamtjahr erhofften Summe. Von hunderten Betrieben, die der belarussische Staat zum sofortigen Verkauf freigegeben hat, wurde 2011 bislang kein einziger veräußert. Dabei wäre neben den Auslandskrediten die Steigerung der ausländischen Direktinvestitionen die einzige Möglichkeit für Belarus, die finanzielle Stabilität des Systems zu bewahren und den negativen Leistungsbilanzsaldo in Zukunft ohne einen weiteren dramatischen Anstieg der Auslandsverschuldung auszugleichen.

Die zögerliche Haltung der westlichen Investoren ist gut verständlich. Wie ich in einer Rede am 28. April 2011 in Minsk auf der Konferenz des belarussischen Business-Verbandes der Unternehmer und Arbeitgeber »Prof. Kunjawski« zu »Entwicklung und Liberalisierung der Wirtschaft« betont habe, sind Direktinvestitionen wie auch Kredite aus dem Westen nur unter der Voraussetzung der deutlichen Verbesserung der Investitionsbedingungen und der Öffnung der Wirtschaft in Belarus möglich. Die Liberalisierung der Wirtschaft wiederum setze eine politische Liberalisierung voraus. Die langjährige relative soziale Stabilität im Land wurde durch hohe Transferzahlungen erkaufte, die wirtschaftlich kaum mehr tragbar sind. Je länger die Behörden mit einer Modernisierung der Wirtschaft und Gesellschaft warten, desto schwerer und härter verlaufen letztlich die Transformation der Wirtschaft und der Aufbau von international konkurrenzfähigen Betrieben.

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft führt seit über einem Jahr im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ein Partnerschaftsprojekt mit belarussischen Verbänden durch. Das Ziel des Projektes ist die Förderung privatwirtschaftlicher Strukturen in Belarus durch Verbands- und Politikberatung. Dazu sollen die belarussischen Unternehmerverbände in die Lage versetzt werden, ihre Interessen gegenüber der Politik zu vertreten.

Das Projekt ist lange vor den Ereignissen am 19. Dezember begonnen worden. Seither stellte sich die Frage nach seiner Fortsetzung. Dazu sind wir jedoch von unseren belarussischen Partnern wie auch von der Bundesregierung ermutigt worden. Gerade in schwierigen Zeiten ist die Unterstützung des freien Unternehmertums als Teil der zivilen Gesellschaft in Belarus wichtig. Bei der bereits erwähnten Konferenz im April waren viele Vertreter kleinerer und mittlerer Unternehmen anwesend, und man konnte erleben, dass der unternehmerische Geist im Land lebt, dass die Unternehmer bereit sind, allerlei Hürden zu überwinden, um ihre Vision zu verwirklichen.

Eine wichtige Frage im Kontext der politischen und wirtschaftlichen Liberalisierung ist die Visa-Frage, in der es dringend Fortschritte geben muss. Die derzeit beste-

henden hohen Visa-Gebühren von 60 Euro für belarussische Staatsbürger sind seit Jahren ein Hindernis, das Kontakte mit der EU unnötig erschwert hat. Der von Polen angekündigte Verzicht auf diese Gebühren ist für viele belarussische Bürger ein ermutigendes Zeichen. Dieser Initiative sollte sich auch Deutschland anschließen. Die ersten Schritte in die richtige Richtung sind bereits getan: So werden nationale Visa an belarussische Staatsangehörige ab Februar 2011 gebührenfrei erteilt. Wir fordern die Herstellung eines visafreien Reiseverkehrs mit Belarus bis spätestens 2018.

Belarus kann mit seiner geographischen und geopolitischen Lage zwischen der EU und Russland, mit seinen qualifizierten Arbeitskräften, relativ niedrigen Standortkosten sowie einem hohen wissenschaftlichen und technischen Potential ein interessanter Partner sein. Trotz der Rückschläge und Hindernisse soll es politisch bei dem Ziel bleiben, die begonnene Annäherung zwi-

schen der EU und Belarus zu unterstützen und das Land Schritt für Schritt an europäische Institutionen zu binden. Wir müssen immer deutlich machen, dass wir Belarus als wichtigen Teil von Europa betrachten und wir zwischen seiner politischen Führung und Bevölkerung unterscheiden können. Es geht um eine Politik des kritischen Dialogs und der konditionierten Kooperation; das heißt, eine Vertiefung der Zusammenarbeit sollte direkt von Veränderungen in Belarus abhängig gemacht werden. Trotz oder gerade wegen der augenblicklich kritischen Lage des Landes und seiner antibürgerlichen und freiheitsfeindlichen Führung sollte die EU als attraktive Alternative zu anderen, autoritären Gesellschaftsformen präsent bleiben. Die vom Ost-Ausschuss finanzierten Belarus-Analysen werden ein wichtiges Instrument sein, die Öffentlichkeit von den weiteren Entwicklungen im Nachbarland der EU zu informieren.

Über den Autor:

Prof. Dr. Rainer Lindner ist Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft.

KOMMENTAR

Belarus seit der Präsidentenwahl

Von David R. Marples, Edmonton

Die Präsidentenwahl am 19. Dezember 2010 stellte einen Wendepunkt in der Präsidentschaft von Aljaksandr Lukaschenka dar. Obwohl sie offener und demokratischer durchgeführt wurden als frühere Wahlen, endeten sie mit einem gewaltsamen Angriff auf friedliche Demonstranten auf dem Platz der Unabhängigkeit und der Festnahme von sieben der neun Präsidentschaftskandidaten, die gegen Lukaschenka antraten. Daraufhin wurde scharf gegen die Opposition sowie gegen Menschenrechtler vorgegangen. Mehrere der Verhafteten wurden zu zwei bis vier Jahren Gefängnis verurteilt und zwei der Hauptopponenten des Präsidenten, Andrej Sannikau und Uladzimir Njakljajeu, stehen zurzeit vor Gericht. Besonders in den Augen der Europäer hat Belarus einen Schritt rückwärts gemacht, indem es die EU-Politik gegenüber dem Regime – die Östliche Partnerschaft – untergrub. Seit einem unerwarteten Treffen zwischen Lukaschenka und dem russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew am 9. Dezember wurden die herzlichen Beziehungen mit Moskau wiederhergestellt und Belarus scheint in den russischen Einflussbereich zurückgekehrt zu sein.

Daraus ergeben sich mehrere wichtige Fragen. Warum hat die belarussische Führung so plötzlich ihre Politik geändert? Welche Gewinne könnten daraus gezogen werden? Die Frage stellt sich logischerweise angesichts Lukaschenkas hartnäckiger Versuche, die frühere Beziehung mit der EU wieder aufzunehmen, und besonders in Anbetracht von Belarus' misslicher Finanzlage. Die Geldreserven des Landes sind 2011 enorm schnell aufgebraucht worden. Es gibt zusätzlichen Druck auf die Nationalbank bezüglich einer größeren Abwertung der nationalen Währung vom derzeitigen Wechselkurs von 3.000 Belarussischen Rubel für einen US-Dollar hin zu ungefähr 5.000 BYR. Belarus bemüht sich auch um weitere Kredite von Russland und aus dem Notfall-Fonds der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft, in Höhe von insgesamt 3 Mrd. US-Dollar, welche eine kurzfristige Minderung der finanziellen Problemen verschaffen aber kaum eine dauerhafte Lösung sein würden.

Die Antwort auf die obigen Fragen liegt zum Teil beim Präsidenten selbst. Mit seinen politischen Instinkten war er den Rivalen in der Vergangenheit immer einen Schritt voraus. Man könnte sogar sagen, dass

er eine gewisse taktische Genialität zeigte und Moskau meisterhaft gegen Brüssel ausspielte, wengleich er mit Washington weniger erfolgreich war, da die Amerikaner kein direktes Interesse am Handel mit Belarus haben und deshalb besser imstande sind, Sanktionen dort anzuwenden, wo sie am meisten weh tun, nämlich gegen Belarus' profitabelste Unternehmen, die beträchtliches Auslandskapital haben. Lukaschenka schien durch die gereizte Reaktion der Europäer auf seine Wahlkampagne ernsthaft verletzt zu sein und beschuldigte Polen und Deutschland sogar einer konzertierten Kampagne zum Sturz seines Regimes.

In den letzten Monaten hat Lukaschenka seine Manövrierfähigkeit verloren und vielleicht auch seinen Mut. Einige der jüngsten Ereignisse deuten auch darauf hin, dass vielleicht zum ersten Mal in seiner langen Amtszeit nicht alle Bereiche seiner Regierung kooperativ zusammenarbeiten. Der Tod des oppositionellen Journalisten Aleh Bjabenin, der offiziell – wenn auch mit fadenscheinigen Beweisen – als Suizid bezeichnet wurde, das scharfe Vorgehen auf dem Platz der Unabhängigkeit und der terroristische Angriff in Minsk am 11. April sind alles Vorfälle, die ohne irgendwelches Zutun des Präsidenten geschehen sein mögen. Der Anschlag war zweifellos ein Schock für ihn und zerstörte im Nu den Mythos von Belarus als einer friedlichen und stabilen Gesellschaft, die frei ist von der Art von terroristischen Zwischenfällen, die Russland seit Beginn des Tschetschenienkrieges im Dezember 1994 zugesetzt haben.

Zentral ist in diesem Zusammenhang die Beziehung mit Russland. Lukaschenkas jahrelange Unbeugsamkeit hat in Moskau zweifellos Kopfschmerzen verursacht sowie lange Diskussionen darüber, wie man am besten mit dem Quasi-Diktator in Minsk umgeht. In einer Hinsicht haben diese Machthaber viel gemeinsam: Sie verhalten sich wie eitle Gangster, die prahlen und sich gegenseitig beschimpfen. Aber Russlands Position stellte für Lukaschenka während der Wahlen eine ernsthafte Bedrohung dar. Vor der Versöhnung am 9. Dezember unterstützte Russland zwar keinen der Oppositionskandidaten, verwehrte aber auch Lukaschenka jeglichen Beistand. Es gab noch nicht einmal die Garantie, dass die russischen Machthaber seinen Sieg anerkennen würden, so wie sie es in der Vergangenheit immer getan hatten.

Lukaschenkas Bedarf an Russlands Unterstützung übersteigt Moskaus Abhängigkeit von Minsk. Belarus gibt Russland aus drei Gründen Anlass zur Besorgnis: als ein geostrategischer Verbündeter, als ein Transitland für russisches Gas (wenn auch als solches weniger wichtig als die Ukraine), und als ein Wirtschaftspartner. Auf dem ersten Gebiet hat sich Belarus als unbequem erwiesen, ohne jemals so feindselig geworden zu sein wie die Ukraine es unter Juschtschenko war. Was das zweite

betrifft, hat Lukaschenko lautstark gegen die Steigerung des Preises für russisches Gas und Öl protestiert. Auf dem dritten Gebiet wünschen sich Russland und seine Hauptunternehmen, dass die profitabelsten belarussischen Geschäftsbetriebe privatisiert werden, damit sie diese erwerben können, besonders jene auf dem Gebiet der Ölverarbeitung und der Petrochemie. Umgekehrt bleibt Belarus von Russland in Bezug auf Energieimporte, Kredite und moralische Unterstützung abhängig.

Also scheint Folgendes geschehen zu sein: Am 9. Dezember hat Lukaschenka unter Druck von Russland einen Deal gemacht. Diese Abmachung bestätigte die Einrichtung des Gemeinsamen Wirtschaftsraums mit Russland und Kasachstan, sowie anderer, zeitlich unbestimmter, aber damit verbundener Vereinbarungen, wie eine gemeinsame Währung. Belarus hat auch die Präsidentschaft der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit übernommen, nach mehreren Versuchen dies zu vermeiden. Belarus benötigt weitere Kredite von Moskau, um weiterhin existieren zu können. Der Deal betraf auch die Wahlen: Der Präsident war unsicher, ob er ohne Russlands Unterstützung die Wahl gewinnen könne und sein Sieg anerkannt würde. Dadurch wurde seine Souveränität ernsthaft untergraben. Lukaschenka hat seine Politik gegenüber Moskau grundlegend revidiert und sein Land geschwächt, das in eine selbst gemachte Wirtschaftskrise gestürzt ist, wobei finanzpolitisch nicht gerechtfertigte Lohn- und Rentenerhöhungen während seiner Wahlkampagne als Katalysatoren wirkten.

Dadurch geschwächt, entschied er sich die Opposition insgesamt zu beseitigen. Obwohl er weiterhin die Frage der Freilassung politischer Gefangener als Druckmittel bei Verhandlungen mit den Europäern verwenden will, haben die Übergriffe auf seine »Gegner« beispiellose Ausmaße erreicht, weil er es nicht mehr nötig hat, Schritte in Richtung Demokratie vorzutäuschen. Die Grausamkeit der Angriffe zeigt auch Lukaschenkas Frustration über sein wachsendes Unvermögen als Staatsmann und seinen Autoritätsverlust gegenüber Russland. Nicht nur, dass der Präsident gestrauchelt ist: Es gibt Elemente in seiner Amtsführung, die – zumindest implizit – als Vorboten nicht bloß einer Annäherung an Moskau dienen, sondern sogar einer umfassenden Integration. Der unaufgeklärte terroristische Anschlag ist wahrscheinlich ein Indikator für ihr Teufelswerk, so wie der unerwartete Angriff auf das Parlamentsgebäude durch unbekannte Agitatoren in der Nacht vom 19. zum 20. Dezember, der den gewaltsamen Übergriff der Spezialeinheiten provoziert hat. Umgekehrt gibt es keinen logischen Grund dafür, warum der Präsident Letzteren angeordnet haben sollte. Die Wahl wäre vermutlich von der EU als relativ frei anerkannt worden,

und daraufhin wäre ein beträchtlicher Kredit in Höhe von 300 Mrd. Euro zugesichert worden.

Deshalb würde nicht einmal der glühendste Verehrer von Lukaschenka meinen, dass nur dieser bei den jüngsten Ereignissen seine Hand im Spiel hat. Im Zeitraum von sechs Monaten ist Belarus in einen Krisenzustand geraten, sowohl ökonomisch als auch politisch, und der Präsident scheint ins Schwimmen geraten zu sein, er wirkt verloren, richtet unerhörte Schmähungen gegen EU-Länder und beleidigt den ukrainischen Präsidenten und EU-Leader. Erstaunlicherweise wiederholt er gleichzeitig sein Verlangen, Beziehungen mit den Letzteren zu erneuern. Er wundert sich lautstark, wer dafür verantwortlich ist, dass die Menschen in langen Schlangen nach Lebensmitteln und harter Währung anstehen müssen. Dies sind nicht nur Kennzeichen einer Führungsperson, die es ablehnt die Verantwortung für seine eigenen Handlungen zu übernehmen, sondern

Über den Autor:

Prof. Dr. David R. Marples lehrt Geschichte an der University of Alberta in Kanada und ist Präsident der North American Association for Belarusian Studies.

auch eines Führers, dem die Ideen und Optionen ausgegangen sind. Der »Gesellschaftsvertrag« mit seinem Volk zerbröselt, und er kann nicht länger als der Architekt eines eigenen, einzigartigen ökonomischen Weges posieren. Er hat jüngst auch den Kollaps diktatorischer Regime in Nordafrika und in Côte d'Ivoire miterlebt.

Nach 17 Jahren an der Macht sind Lukaschenkas Aussichten düster: Das öffentliche Image seiner Herrschaft entspricht nicht mehr der Wirklichkeit, und die relativ passive belarussische Bevölkerung beginnt den Ernst der ökonomischen Situation wahrzunehmen. Schwierige Entscheidungen stehen bevor, und auch wenn der Kaiser vielleicht noch ein paar Kleider zum Anziehen hat, sieht seine Garderobe doch immer faden-scheiniger aus.

Übersetzt aus dem Englischen von Frauke Rubart

KOMMENTAR

Wer rettet die belarussische Wirtschaft?

Von Alexander Rahr, Berlin

Belarus befindet sich in einer seiner schwersten Wirtschaftskrisen. Nach Angaben der internationalen Kreditratingagentur Standard & Poor's liegt die Wirtschaft von Belarus heute gleichauf mit der von Griechenland, beide Länder sind Schlusslichter in Europa. Der rasante Verfall der nationalen Währung, die Inflation (Prognose 20 %), die Arbeitslosigkeit (13 %), die Auslandsverschuldung, die fehlende Liquidität der Staatsbanken und die ausgebliebenen ausländischen Investitionen setzen Belarus unter Druck. Im letzten Jahr hatte der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka noch vollmundig versprochen, dass die Finanzkrise keine Auswirkungen auf sein Land haben würde.

Vom Westen bekommt das Land keine Hilfe. Nach der blutigen Niederschlagung der Opposition in der Präsidentschaftswahlnacht im Dezember 2010 und den Gerichtsverfahren gegen ehemalige Präsidentschaftskandidaten haben die USA und die EU den Kontakt zur belarussischen Regierung abgebrochen. So schnell wird kein westlicher Politiker wieder nach Minsk reisen, wie noch vor kurzem die Außenminister Deutsch-

lands und Polens. Möglicherweise bleibt dem belarussischen Autokraten als letzter Rettungsanker nur die Union mit Russland.

Lukaschenka könnte mit Hilfe des Westens sein politisches und wirtschaftliches System auf radikale Weise reformieren. Doch die belarussische Führung fürchtet das liberale Wirtschaftsmodell, weil es von der Bevölkerung kaum verkraftet werden würde. Die Belarussen haben sich an den sozialistischen Wohlfahrtsstaat gewöhnt, auch daran, dass der Staat die notwendige Stabilität und Ordnung im Land garantiert. Heute gibt es keine reichen und keine armen Bevölkerungsgruppen in Belarus, so gesehen ähnelt das Land noch der alten Sowjetunion. Der Dialog zwischen der EU und Belarus kommt auch deshalb nicht zustande, weil die Machthaber in Minsk jegliche westliche Kritik an demokratischen Defiziten in ihrem Land als fremde Einmischung begreifen und den Westen verdächtigen, durch die Zusammenarbeit mit belarussischen Nichtregierungsorganisationen im Land subversiv tätig zu sein.

Derweilen wird Belarus von Moskau mit Krediten versorgt. In den letzten 20 Jahren hat Russland 60 Mrd. US-Dollar an Minsk gezahlt, 2009 waren es 9 Mrd., 2010 6 Mrd. Allein an der Weitervermarktung des russischen Rohöls in den Westen verdient Belarus 7 Mrd. US-Dollar im Jahr. Moskau würde Belarus auch weiterhin helfen, stellt aber zwei Bedingungen. Erstens, die Übernahme des russischen Rubels als Einheitswährung. Zweitens, den Verkauf der belarussischen Öl- und Gas-transportnetze sowie der Energieproduktionsstätten an russische Unternehmen. Belarus hat sich formal schon in die Zollunion mit Russland und Kasachstan integriert. Ein WTO-Beitritt ist hingegen in weite Ferne gerückt. An eine Zusammenarbeit zwischen der EU und Minsk im Rahmen der anvisierten östlichen Nachbarschaftsinitiative ist momentan nicht zu denken.

Noch wehrt sich Lukaschenka gegen eine Vereinahmung durch Russland. Doch sein Spielraum für politische Manöver ist äußerst begrenzt. Der Autokrat konnte sich bislang immer auf eine breite Unterstützung der Bevölkerung verlassen, die er mit sozialen Wohltaten für sich gewann. Doch die Konservierung des alten sozialistischen Systems aufrecht zu erhalten gelang Lukaschenka nur, solange Russland Öl und Gas zum subventionierten Preis verkaufte. Gerade aus dem Grund, eine Erhöhung der Energieimportpreise zu verhindern, trat Lukaschenka in die Zollunion ein. Er wird Belarus auch in den neuen Einheitlichen Wirtschaftsraum mit Russland und Kasachstan integrieren.

Es ist nicht auszuschließen, dass Russland eine noch intensivere Annäherung an Belarus forcieren wird. Die russischen Präsidentschaftswahlen stehen vor der Tür und der derzeitige Ministerpräsident Wladimir Putin, der starke Mann in Russland, möchte sein Lieblingsprojekt, die Reintegration ehemaliger sowjetischer Republiken, verwirklichen. Vor zehn Jahren hat der damalige

Präsident Putin Belarus eine Wiedervereinigung nach deutschem Modell angeboten. Die belarussischen Regionen sollten sich getrennt als eigenständige Subjekte der Russischen Föderation angliedern. Lukaschenka wies Putins Idee brüsk zurück. Heute wird Russland kaum zum alten Vorschlag der Wiedervereinigung zurückkehren wollen. Belarus ist in den vergangenen zehn Jahren ein anderes Land geworden. Nur noch 10 % der Belarussen wollen heute in einem gemeinsamen Staat leben, vor einem Jahrzehnt war es noch fast die Hälfte der Bevölkerung.

Eine Prognose für die Zukunft des Landes abzugeben ist äußerst schwierig. Weder Russland noch die EU haben heute die wirtschaftliche und finanzielle Kraft, ein Land wie Belarus mit all seinen verschleppten Problemen der Transformation aus der Planwirtschaft zu stützen. Das Bombenattentat vom 11. April 2011 hat am Image des bislang politisch stabilen Belarus einen tiefen Kratzer hinterlassen. Lukaschenka könnte den Terroranschlag, der offensichtlich von einem geistig verwirrten Einzeltäter begangen wurde, nutzen, um gegen die liberale Opposition im Lande vorzugehen, aber auch, um seinen eigenen Sicherheitsapparat, in dem es gerüchteweise Widerstand gegen ihn gibt, zu säubern. Letztendlich wird der Autokrat für die Wirtschaftssituation im Land persönlich haften. Ein Nachfolger für Lukaschenka ist heute nicht in Sicht. Aus der zersplitterten und von westlichen Hilfen abhängigen Opposition der Demokraten wird ein alternativer Politiker zu Lukaschenka wohl kaum hervorkommen. Eher muss damit gerechnet werden, dass eine politische Gegenfigur zu Lukaschenka dem System selbst entspringt. Innerhalb des belarussischen Systems haben die Sicherheitsapparate eine besonders starke Rolle. Doch diese Organisationen wissen auch nicht, wie die Wirtschaft des Landes modernisiert werden kann.

Über den Autor:

Alexander Rahr ist Leiter des Berthold-Beitz-Zentrums in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Er beteiligt sich aktiv an der Berichterstattung zu Belarus in den Medien Deutschlands und Belarus'.

Politische Gefangene, Bombenattentat und Wirtschaftskrise – kein guter Start für Lukaschenka

Von Stefanie Schiffer, Berlin

Die ersten Monate der vierten Amtszeit von Aljaksandr Lukaschenka sind von einer Reihe einschneidender Ereignisse gekennzeichnet, die zu einer Atmosphäre der Angst und Verunsicherung innerhalb von Belarus und zur weiteren außenpolitischen Isolierung des Landes geführt haben. Dieses sind an erster Stelle die politischen Prozesse gegen führende Köpfe der politischen und zivilgesellschaftlichen Opposition, die an den Protesten gegen die gefälschten Wahlen am 19. Dezember 2010 teilgenommen haben, die seither andauernde Einschüchterung und Verfolgung zivilgesellschaftlicher Akteure im ganzen Land, das nach wie vor unaufgeklärte Bombenattentat in der Minsker Metro im April 2011 und die kontinuierlich sich verschlechternde Wirtschaftslage, die inzwischen zu spürbaren Einschränkungen im Lebensstandard der Bevölkerung geführt hat.

Politische Gefangene in Belarus

Seit 17. Februar werden vor den Minsker Gerichten die Fälle von 51 Personen verhandelt, denen die Teilnahme an bzw. die Organisation von Massenunruhen nach den Präsidentschaftswahlen vom 19. Dezember 2011 vorgeworfen wird. Die bisher gefällten Urteile liegen zwischen einer Geldstrafe von ca. 3.470 US-Dollar für die russischen Staatsbürger Iwan Gaponow und Artjom Breus und einer Haftstrafe von fünf Jahren für Andrej Sannikau, einen der Präsidentschaftskandidaten. Der Großteil der Verurteilten wurde mit Gefängnisstrafen zwischen zwei und vier Jahren belegt. Die Prozesse konnten nicht von einer vollwertigen OSZE-Beobachtermission verfolgt werden, da das Mandat des Verbindungsbüros der OSZE nach den Präsidentschaftswahlen durch die belarussischen Behörden nicht verlängert worden war. Umso wichtiger war daher neben der Präsenz der in Minsk vertretenen EU-Botschaften die Prozessbeobachtung durch Juristen und Menschenrechtler der Zivilgesellschaft: Die Prozesse wurden vom Netzwerk »Menschenrechtler für freie Wahlen« und – trotz massiver Behinderungen – von einer Internationalen Beobachtermission aus Menschenrechtlern aus verschiedenen GUS-Staaten beobachtet und beurteilt. Die Menschenrechtler stellten fest, dass es keine ausreichenden Hinweise für Massenunruhen auf dem Unabhängigkeitsplatz in der Nacht vom 19. auf den 20. Dezember gegeben hat und dass es daher keine Grundlage für den Vorwurf der Organisierung von oder der Teilnahme an Massenunruhen (§ 293 Strafgesetzbuch der

Republik Belarus, die Anklage gegen 38 der 48 Verurteilten) gebe. Die Zeugenaussagen gegen die Angeklagten – meist von Polizisten, die am Einsatz beteiligt waren – seien widersprüchlich und unschlüssig gewesen, Videoaufnahmen, die die Schuld der Angeklagten belegen sollten, hätten keine Beweise für die vorgebrachten Anschuldigungen geliefert. Beanstandet wurde auch die massive Einschränkung der Grundrechte der Angeklagten und derjenigen in Untersuchungshaft. Die Angeklagten konnten sich zum Teil wochenlang nicht mit ihren Anwälten und Angehörigen treffen, die ärztliche Betreuung war eingeschränkt. Auf zahlreiche Anwälte wurde erheblicher Druck ausgeübt, einige verloren ihre Lizenzen. Mehrere Angeklagte sagten aus, dass sie unter Folter dazu gedrängt wurden, Falschaussagen gegenüber anderen Angeklagten zu machen. Juristen der Kampagne »Menschenrechtler für freie Wahlen« forderten daher im Mai 2011, alle Personen, die im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Wahlfälschungen am 19. Dezember verurteilt worden sind, freizulassen und sie, solange dies nicht geschehen sei, als politische Gefangene anzuerkennen. Amnesty International hat im Mai 2011 zwölf der politischen Gefangenen, darunter die Präsidentschaftskandidaten Sannikau, Njakljajeu und Statkewitsch zu politischen Gefangenen erklärt.

Die politischen Prozesse gegen die Demonstranten vom 19. Dezember waren gleichwohl nur die Spitze des Eisbergs – an die 700 weitere Protestteilnehmer des 19. Dezember wurden in Schnellverfahren direkt nach den Wahlen zu Haftstrafen von bis zu 15 Tagen verurteilt, hunderte Personen wurden in ganz Belarus in den Monaten nach den Präsidentschaftswahlen verhört, täglich wurden Hausdurchsuchungen bei Personen vorgenommen, die im Verdacht oppositioneller Aktivitäten standen, regimiekritische Aktivisten der Zivilgesellschaft und Angehörige der Verhafteten verloren ihre Arbeitsstellen. Auch wurde der Druck auf Nichtregierungsorganisationen und unabhängige Medien permanent erhöht.

Solidarität in der Zivilgesellschaft

Adressat dieser repressiven, willkürlichen Maßnahmen ist die belarussische politische und zivilgesellschaftliche Opposition, die eingeschüchtert, ihrer Handlungsfähigkeit beraubt und demoralisiert werden soll. Bisher widerstehen die zivilgesellschaftlichen Akteure dem Druck: Die Solidarität und Kooperationsfähigkeit unter den Nichtregierungsorganisationen ist über die Jahre

gewachsen, in Koalitionen werden wichtige Aufgaben wie die Prozessbeobachtung, die Organisation der Hilfe für die Repressierten und ihre Angehörigen und die Information der belarussischen und internationalen Öffentlichkeit über die Ereignisse verteilt und erledigt. Die Arbeit der Juristen, die die Verteidigung der politischen Gefangenen übernommen haben, verdient allerhöchste Anerkennung. Auch sie sind enormem Druck ausgesetzt und haben unter widrigen Umständen die Sache ihrer Mandanten vertreten.

Für die Mehrheit der belarussischen Bevölkerung sind es allerdings nicht die massiven Repressionen gegen führende Vertreter der politischen Opposition und der Zivilgesellschaft, die das Regime diskreditieren, sondern der bislang unaufgeklärte Anschlag in der Minsker Metro im April 2011 und die schlechte Wirtschaftslage des Landes. Diese beiden einschneidenden Ereignisse des Frühjahrs 2011 haben sehr viel mehr zum Verlust der Glaubwürdigkeit des Regimes beigetragen als die massiven Repressionen, die nur von einem kleinen Teil der Bevölkerung überhaupt wahrgenommen werden und über die in den offiziellen Medien nur wenig berichtet wird. Der Glaube an die Sicherheitsgarantien des Regimes Lukaschenka scheint in der Bevölkerung zu schwinden. Umfragen des Independent Institute of Socio-Economic and Political Studies zufolge glaubten im März 2011 zwar immer noch 45 % der Belarussen, dass das Land sich in die richtige Richtung bewegt – gegenüber 40 %, die vom Gegenteil überzeugt waren –, allerdings ist das der niedrigste Wert seit langem: Im April 2006 waren es 58 %, im Juni 2006 51 % und noch im Dezember 2010 54 %.

Russlands Attraktivität sinkt, Orientierung an EU steigt

Für die europäischen Betrachter der Entwicklungen in Belarus wird auch ein anderes Ergebnis des Instituts

Über die Autorin:

Stefanie Schiffer ist Geschäftsführerin von Europäischer Austausch gGmbH Berlin und Stv. Vorsitzende von Menschenrechte in Belarus e.V. Der Europäische Austausch arbeitet seit 2007 mit dem Netzwerk »Menschenrechtler für freie Wahlen« in Belarus zusammen.

von Interesse sein: Zum ersten Mal seit zehn Jahren ist die Gruppe derer, die sich gegen eine Integration mit Russland aussprechen, auf über 50 % angestiegen und gleichzeitig die Gruppe der Befürworter einer Integration mit der EU auf den Rekordwert von 48 % gestiegen. Und vor die Wahl einer Integration entweder mit der EU oder der Russischen Föderation gestellt entscheiden sich 50,5 % der Befragten für die EU-Integration und nur noch 31,5 % für die Integration mit der Russischen Föderation.

Für die westliche Politik heißt das: Trotz Sanktionen und einer deutlichen Politik der Konditionalität gegenüber dem belarussischen Regime hat das westliche Modell für die belarussische Bevölkerung offenbar nichts an Attraktivität eingebüßt, im Gegenteil. Wichtig für die Politik des Westens ist die langfristige Glaubwürdigkeit der politischen Aussagen und die nachhaltige Attraktivität des EU-Wirtschaftsraums, der sich dem russischen Modell – zumindest in seiner derzeitigen Verfasstheit – ganz offensichtlich als überlegen erweist. Wie weit zukünftige wirtschaftliche Sanktionen gefasst werden müssen, um einen spürbaren Effekt auf das Regime zu haben, sollte dennoch Gegenstand sehr ernsthafter und detaillierter Prüfung im Vorfeld durch die Entscheidungsträger sein.

Was auf jeden Fall weiter zu tun bleibt, ist die Förderung der belarussischen Zivilgesellschaft in Taten – nicht nur in Worten! So medienwirksam die Ankündigung von Millionenhilfen für die belarussische Zivilgesellschaft auf der Geberkonferenz in Warschau im Februar diesen Jahres auch gewesen ist – in der Realität erweisen sich diese Hilfen als zum Teil schwer mobilisierbar. Hier ist weiterhin Augenmaß und Engagement gefragt.

Die Politik der EU gegenüber Belarus oder: Wie geht man mit einer Diktatur mitten in Europa um?

Von Rainer Ulrich, Wien

Die Politik der EU gegenüber Belarus ist gescheitert. Der Versuch, durch Zugeständnisse an das Lukaschenka-Regime eine schrittweise Demokratisierung des Landes zu erreichen, war naiv und blieb erfolglos. Die brutale Niederschlagung der ohnehin spärlichen Oppositionsproteste nach den Präsidentschaftswahlen 2010 und die Inhaftierung und Folter von oppositionellen Präsidentschaftskandidaten machen dies deutlich. Auf der anderen Seite war auch die vorangegangene Isolationspolitik nicht von Erfolg gekrönt. Somit bleiben die wesentlichen Fragen nach wie vor unbeantwortet: Wie geht man mit einer Diktatur im Herzen Europas um? Wie bringt man Belarus dazu, sich europäischen Werten zu nähern? Eine Neuausrichtung der EU-Politik, die Ziele und Möglichkeiten realistisch abwägt, wäre lohnend.

Was macht die Beziehungen zu Belarus eigentlich so schwierig? Fehlende Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, wird man hier als Antwort hören. Aber gibt es nicht funktionierende Beziehungen zu vielen Ländern, die nicht demokratisch regiert sind? Nicht zuletzt Russland? Der Unterschied ist zum einen, dass Belarus mitten in Europa liegt. Hier muss die EU den Anspruch erheben, europäische Standards durchzusetzen. Zum anderen ist Belarus nicht so groß und machtvoll wie Russland, sodass jeder Versuch der Einflussnahme von vornherein aussichtslos scheinen muss.

Und trotzdem waren alle Versuche der EU, in Belarus größeren Einfluss zu nehmen, bislang fruchtlos. Gleichzeitig konnte auch abseits des demokratiepolitischen Bemühens kein großer Erfolg in den Beziehungen zu Belarus errungen werden. In den Augen des Autors liegt das an einer fehlenden Analyse der vor allem wirtschaftspolitischen Interessenslage der belarussischen Führung. Denn vor allem wirtschaftlich hat die EU gegenüber Belarus viele Trümpfe in der Hand.

Die belarussische Führung steht vor enormen Herausforderungen: Belarus hat nie einen wesentlichen Transformationsprozess hin zu mehr Privatwirtschaft durchlaufen – ein Großteil der Betriebe ist noch immer staatlich, viele davon sind defizitär. Ein großer Teil des belarussischen BIP entfällt auf Energiesubventionen aus Russland. Vor allem Öl wird weit unter Marktpreisen in Russland eingekauft, weiterverarbeitet und in den Westen verkauft. Dies erzeugt eine sehr starke Abhängigkeit von Russland – ein Streichen dieser Subventionen würde de facto den Zusammenbruch der belarussischen Wirtschaft bedeuten. Hier ist Bela-

rus auf die EU angewiesen, um sich aus dieser Abhängigkeit zu befreien.

Devisenknappheit: Belarus braucht dringend ausländisches Kapital. Da dieses auf dem Finanzmarkt für das Land sehr schwer zugänglich ist, bleiben hauptsächlich ausländische Direktinvestitionen und politisch motivierte Kredite. In beiden Fällen ist die belarussische Führung wiederum auf die EU angewiesen, will sie sich nicht wieder an Russland wenden und somit die Abhängigkeit noch verstärken.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes muss der belarussischen Führung also weit mehr Sorgen machen als die politische Ächtung und die eigene Opposition. Die Stabilität des Lukaschenka-Regimes beruht auch auf der Tatsache, dass dieses aufgrund der russischen Subventionen in der Lage war, ein gewisses Wohlstandswachstum bei gleichzeitiger sozialer Sicherheit zu gewährleisten. Wirtschaftliche Turbulenzen wie es sie z. B. in der Ukraine und in Russland gab blieben in Belarus aus. Bricht diese Säule des Regimes weg, kann das zumindest mittelfristig zu einer Gefahr für Lukaschenka werden. Allem Anschein nach ist zwar zurzeit keine Revolution in Belarus zu erwarten, allerdings sollte bedacht werden, dass Revolutionen prinzipiell schwer vorherzusehen sind. Sicher, der Vergleich mit Ägypten und Tunesien hinkt, aber wer hätte schließlich die Revolution dort in dieser Form vorhergesehen? Ein Potenzial an jungen, gebildeten, unzufriedenen Menschen, wird es bei der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung auch in Belarus bald geben.

Vor allem wirtschaftlich hat die EU also gegenüber Belarus starke Trümpfe in der Hand – und die Zeit auf ihrer Seite.

Soll die EU daher versuchen, sich Demokratisierung und Liberalisierung in Belarus durch Wirtschaftshilfen zu erkaufen?

Nein, dieser Versuch ist bereits spektakulär gescheitert. Ein wirklicher Wandel in Belarus ist nur ohne das jetzige Regime möglich – und ein Regimewechsel kann von außen nicht erzwungen, maximal unterstützt werden. Die EU kann allerdings versuchen, die Androhung von wirtschaftlichen Sanktionen dazu zu nutzen, die schlimmsten Auswüchse der Diktatur zu mildern: z. B. eine Freilassung der inhaftierten Oppositionellen zu erwirken.

Vor allem aber sollte die EU das belarussische Regime nicht durch taktische Fehler unterstützen. Wenn überhaupt, sollten wirtschaftliches Entgegenkommen wie die

Vergabe von Krediten durch den IWF, die Aufnahme in die Ostpartnerschaft etc. an wirtschaftliche Gegenleistungen durch Belarus geknüpft werden – nicht an das vage Versprechen einer künftig besseren Zusammenarbeit und einer Pseudodemokratisierung.

Soll die EU nun Belarus ignorieren und jegliche Zusammenarbeit abbrechen? Nein, Belarus ist nun mal ein Nachbar der EU und Zusammenarbeit in Angelegenheiten wie Grenzschutz und Kriminalitätsbekämpfung ist unumgänglich. Trotzdem war es richtig, die Sanktionen gegen die Führung des Landes wieder aufzu-

nehmen. Gerade im Lichte der Ereignisse nach der Präsidentschaftswahl ist das nur logisch und konsequent. Keinesfalls sollte sich Lukaschenka als gern gesehener Gast in Europa darstellen können.

In jedem Fall sollte die EU die Unterstützung der belarussischen Zivilgesellschaft und Opposition aufrechterhalten und wo notwendig weiter ausbauen. Nur wenn in Belarus eine neue junge Elite an die Macht kommt, die sich europäischen, demokratischen Werten verpflichtet sieht, können sich die Beziehungen zwischen der EU und Belarus wirklich nachhaltig entspannen.

Über den Autor:

Rainer Ulrich ist Betriebswirt und Politikwissenschaftler. 2010 hat er an der Universität Wien zur EU-Politik gegenüber Belarus promoviert. Derzeit arbeitet er als Unternehmer in Österreich.

DOKUMENTATION

Verurteilung von Andrej Sannikau und weiteren Oppositionellen

Bei den Präsidentschaftswahlen in Belarus am 19. Dezember 2010 erhielt Präsident Aljaksandr Lukaschenka nach offiziellen Angaben 80 % der Stimmen, Andrej Sannikau war mit nur 2,4 % der erfolgreichste Oppositionspolitiker. Noch am Wahlabend gingen tausende Menschen gegen das Wahlergebnis auf die Straße und ca. 600 Demonstranten, darunter Journalisten und Oppositionelle, wurden festgenommen.

Ein halbes Jahr später, am 14.5.2011, wurde der damals ebenfalls festgenommene Sannikau zu fünf Jahren Haft verurteilt, weil er bei den Protesten in Minsk »massive Unruhen« geschürt habe. Zwei Tage später erhielt auch seine Frau Iryna Chalip wegen der Beteiligung an den Protesten eine zweijährige Haftstrafe, die sie innerhalb von zwei Jahren antreten muss. In den folgenden Tagen wurden auch die Präsidentschaftskandidaten Uladsimir Njakljajeu und Wital Rymascheuski sowie vier weitere Oppositionelle wegen der Teilnahme an den Protesten zu Haftstrafen von ein bis zwei Jahren verurteilt.

Die scharfe Kritik der USA, der Europäischen Union, Deutschlands und Russlands am Vorgehen der belarussischen Regierung dokumentieren wir im Folgenden anhand von Pressemitteilungen.

U.S. Department of State, 14.5.2011

Conviction of Belarusian Presidential Candidate Andrej Sannikau

The United States condemns the May 14 conviction of presidential candidate Andrej Sannikau and other democratic activists in Belarus. We consider the five presidential candidates—Uladzimir Nyaklyaeu, Andrej Sannikau, Vital Rymasheuski, Mikalay Statkevich, and Dzmitry Us—and other activists, who are being tried after being arrested as part of the crackdown related to the December 19 presidential elections, to be political prisoners; the harsh sentences handed down on May 14 and the ongoing trials are clearly politically motivated. Belarus should immediately and unconditionally release all political prisoners and cease continuing human rights violations against critics of the government, who remain at risk of harassment and arbitrary arrest. The results of ongoing trials will be taken into account as the United States continues to review its relations with Belarus and consider further measures.

Quelle: <http://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2011/05/163350.htm>

European Union, 14.5.2011

Statement by High Representative Catherine Ashton on the sentencing of Belarusian Presidential Candidate Sannikaw

The High Representative strongly condemns the sentencing on political grounds by the Partizansky district court of former presidential candidate Andrey Sannikaw to 5 years of imprisonment. She is also deeply concerned about the harsh sentences handed out over the past days against a number of representatives of civil society and the political opposition.

These events are clear reminders of the significant deterioration in the respect for human rights and democratic principles in Belarus since the violations of electoral standards in presidential elections on 19 December 2010. There have been politically motivated harassments, arrests, detentions and trials of representatives of the democratic opposition, civil society and independent media. The High Representative is also seriously concerned about reports of alleged torture and other ill treatment.

The High Representative calls upon the Belarusian authorities to end at once the ongoing crackdown on the political opposition and civil society, to release all the political prisoners and to discontinue all politically motivated trials, including against the other ex-Presidential candidates which are currently being tried. She reiterates the readiness of the EU to consider further targeted restrictive measures in all areas of cooperation.

Quelle: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/121990.pdf

Bundesregierung, 13.5.2011

Bundesregierung fordert sofortige Freilassung der politischen Gefangenen

In Weißrussland geht die Regierung seit den Präsidentschaftswahlen vom Dezember 2010 hart gegen die Opposition, gegen Medien und Zivilgesellschaft vor. Allein in den vergangenen Tagen wurden fünf der weißrussischen Präsidentschaftskandidaten angeklagt. Das sind in den Augen der Bundesregierung politische Gefangene mitten in Europa, so Regierungssprecher Steffen Seibert.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte in dieser Woche bei der Eröffnung der Ausstellung »Über Leben« an das schwere Schicksal der weißrussischen Oppositionellen erinnert. Sie forderte den weißrussischen Präsidenten Lukaschenko auf, »endlich auch für seine Bürgerinnen und Bürger die Freiheiten zu gewährleisten, die in Europa für die allermeisten Menschen gelten.«

»Das sind Menschen, die mutig für ihre Überzeugungen, für Meinungsfreiheit und für Demokratie eingetreten sind. Sie haben unsere Solidarität verdient«, betonte Regierungssprecher Seibert. Im Namen der Bundesregierung forderte er die sofortige Freilassung aller Gefangenen. Seibert stellte klar: Es könne keine Normalisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und Weißrussland geben, solange Oppositionelle im Gefängnis säßen oder unter Hausarrest gestellt würden und solange in Belarus eklatante Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung seien. [...]

Quelle: http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Artikel/2011/05/2011-05-13-belarus.html

Außenministerium Russlands, 16.5.2011

Kommentar des Außenamtssprechers A. K. Lukaschewitsch

In der letzten Zeit haben die Justizorgane in Belarus eine Reihe harter Urteile gegen Teilnehmer an der Protestaktion vom 19. Dezember 2010 in Minsk gefällt, darunter gegen den Ex-Präsidentschaftskandidaten von Belarus A. Sannikow.

Eine Einschätzung des Vorgehens der belarussischen Führung haben wir auf höchster Ebene bereits des öfteren abgegeben. Die in diesem Zusammenhang verhängten Urteile rufen allerdings Fragen hervor.

Wir rufen die belarussische Seite dazu auf, mit den übernommenen internationalen Verpflichtungen im Bereich der Menschen- und Freiheitsrechte verantwortlicher umzugehen.

Inoffizielle Übersetzung von Judith Janiszewski

Quelle: http://www.mid.ru/brp_4.nsf/0/5C88A4B8E1C7E974C32578920044738C

Die belarussische Seite hat bis Redaktionsschluss keine Presseerklärung zu den Urteilen abgegeben.

25 Jahre nach der Katastrophe: Der politische Umgang mit Tschernobyl in Belarus

Von Astrid Sahn, Minsk

Zusammenfassung

25 Jahre nach Tschernobyl erklärt die belarussische Führung, dass es dank ihrer umfassenden Aktivitäten keine wesentlichen erkennbaren Katastrophenfolgen mehr gibt. Diese Position wird von atomfreundlichen internationalen Organisationen bestätigt, während Gegner der zivilen Atomenergienutzung zu anderen Bewertungen gelangen. Auch die innenpolitischen Konflikte des Landes spiegeln sich im Umgang mit dem Thema Tschernobyl wider. Zivilgesellschaftlichen Initiativen gelingt es lediglich ansatzweise, hier brückenbildend zu wirken.

Einleitung

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl gilt historisch als erste globale technologische Katastrophe. Obwohl sich die Explosion auf ukrainischem Gebiet ereignete, ist Belarus das Land, welches am meisten unter den Katastrophenfolgen zu leiden hat. Etwa 70 % des durch die Reaktorexpllosion am 26. April 1986 in die Atmosphäre geschleuderten Fallouts sind auf belarussischem Territorium niedergegangen. Hierdurch wurden 23 % der Landesfläche mit über 1 Ci/km² Cäsium-137 radioaktiv kontaminiert, auf der etwa 2,2 Mio. Menschen lebten. Tschernobyl bezeichnet dementsprechend eine nationale Tragödie, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens berührt. Der dem Land durch die Katastrophe entstandene volkswirtschaftliche Schaden wird offiziell mit 235 Mrd. US-Dollar für die Jahre 1986 bis 2015 beziffert (Tab. 3 auf S. 21). So wurden u. a. 20 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche verstrahlt, über 138.000 Menschen wurden umgesiedelt, etwa 1,5 Mio. Menschen werden regelmäßigen medizinischen Kontrolluntersuchungen unterzogen etc.

Auf dem Weg zur »Wiedergeburt« der verstrahlten Gebiete

Die Bewältigung der Folgen von Tschernobyl stellt somit eine zentrale politische Aufgabe im Land dar. Erfolgte die unmittelbare Katastrophenbekämpfung in den Jahren 1986/87 noch weitgehend in sowjetischer Regie, ging die Erlangung der nationalen Unabhängigkeit von Belarus mit der Erarbeitung einer umfassenden Tschernobyl-Gesetzgebung einher, die weitreichende Umsiedlungsmaßnahmen und soziale Leistungen vorsah. Ungeachtet der schweren Wirtschaftskrise gelang es der belarussischen Regierung einen großen Teil dieser Maßnahmen in den ersten Jahren nach der Auflösung der Sowjetunion umzusetzen. Mit der 1994 erfolgten Wahl von Aljaksandr Lukaschenka zum ersten belarussischen Präsidenten setzte auch ein Wandel in der staatlichen Tschernobyl-Politik ein. Anstelle der Umsiedlung

aus den verstrahlten Regionen erhielt nun die Wiederherstellung von normalen Lebensbedingungen in den betroffenen Gebieten oberste Priorität. Der Präsident präsentierte sich dabei bei seinen mit hohem Medienaufwand inszenierten Reisen in die sogenannte Tschernobyl-Zone als Rettung bringender nationaler Übervater.

Allerdings lässt sich der unter Lukaschenka vollzogene Wandel in der Tschernobyl-Politik nicht einfach mit dem Wunsch der Führung erklären, sich als erfolgreicher Katastrophenmanager zu präsentieren. Vielmehr war angesichts der drohenden Arbeitslosigkeit an den neuen Wohnorten die Umsiedlungsbereitschaft bei vielen Menschen in den verstrahlten Regionen geschwunden, Bürgerkriegsflüchtlinge aus anderen postsowjetischen Staaten zogen zu. Insofern forderten die Menschen von der Politik, auch Maßnahmen für ein möglichst risikofreies Leben in den Tschernobyl-Regionen zu entwickeln. Obwohl die im Staatshaushalt bereitgestellten Mittel in den vergangenen Jahren proportional kontinuierlich reduziert wurden (Grafik 3 auf S. 21), sind von den staatlichen Stellen in der Tat erhebliche Anstrengungen unternommen worden, um medizinische Vorsorge und Behandlung zu verbessern, neue landwirtschaftliche Methoden zur Erzeugung unbelasteter Produkte zu entwickeln etc. Dass dabei der Personenkreis der als betroffen und damit fürsorgebedürftig eingestuft Personen schrittweise reduziert wurde (Grafik 1 auf S. 20), wird offiziell damit begründet, dass sich die radioaktive Belastung aufgrund der natürlichen Zerfallsprozesse allmählich reduziert. So gelten inzwischen nur noch 14,5 % der Landesfläche als verstrahlt (Tab. 1 auf S. 20).

Ambivalente Erfolgsmeldungen

Anlässlich des 25. Jahrestags der Reaktorkatastrophe verkündete die belarussische Führung in ihrem nationalen Bericht stolz, dass das Land inzwischen über unschätzbare Wissen im Umgang mit atomaren Katastrophen verfüge, das es in andere Länder exportieren könne. Gleichzeitig erklärte sie, dass nicht zuletzt dank der getroffenen

Schutzmaßnahmen, bei der von der Tschernobyl-Katastrophe betroffenen Bevölkerung keine wesentliche Verschlechterung des Gesundheitszustands im Vergleich zur Gesamtbevölkerung festzustellen sei und es nur noch wenige, privat erzeugte Lebensmittel gäbe, deren Radioaktivitätsgehalt über den geltenden Grenzwerten liege (Grafik 4 auf S. 22). Die Überzeugungskraft dieser Aussagen wird jedoch dadurch beeinträchtigt, dass keine Zahlen zum Nachweis der wirtschaftlichen Rentabilität von landwirtschaftlichen Aktivitäten in den verstrahlten Regionen angeführt werden. Ebenso werden keine differenzierten medizinischen Statistiken veröffentlicht. Immerhin wird angegeben, dass zum 1. Januar 2011 in Belarus immerhin 10.655 Menschen lebten, deren Invalidität offiziell als eine Folge der Tschernobyl-Katastrophe anerkannt wurde. Dabei handelt es sich überwiegend um Liquidatoren, wie die 1986 bis 1989 eingesetzten Teilnehmer an den Arbeiten zur Begrenzung der Katastrophenfolgen genannt werden. Insgesamt sind in Belarus derzeit offiziell 91.000 Liquidatoren registriert (Tab. 2 auf S. 20).

Mit der Bewertung der Katastrophenfolgen von Tschernobyl befindet sich die belarussische Führung freilich – im Unterschied zu vielen anderen politischen Fragen – im Einklang mit großen internationalen Organisationen, wie der UNO und ihren Tochterorganisationen, der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) und der Weltgesundheitsbehörde (WHO), aber auch der EU und der OSZE. So wurde 2003 unter Federführung der IAEA ein Tschernobyl-Forum gegründet, dessen 2005 veröffentlichter Bericht mit Ausnahme von Schilddrüsenkrebs ebenfalls keine signifikanten medizinischen Katastrophenfolgen anerkannte. UNO, OSZE und zahlreiche EU-Länder beteiligten sich zudem 2003 an der Auflage des CORE-Programms (CORE = Cooperation for Rehabilitation), das bis 2008 in vier belarussischen Pilotregionen in der Tschernobyl-Zone erprobt wurde. Und die UNO erklärte die Jahre 2006 bis 2016 zur UN-Dekade für die Rehabilitation und Entwicklung der verstrahlten Regionen.

Einfluss der Atomenergiedebatten

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Konfliktlinien bei der Bewertung der medizinischen Folgen von Tschernobyl in den letzten Jahren parallel zu den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Frage der zivilen Atomenergienutzung verlaufen sind. So kommen atomkritische Organisationen, wie Greenpeace oder IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.), in ihren Tschernobyl-Berichten zu grundsätzlich anderen Einschätzungen des Gesundheitszustandes der betroffenen Bevölkerung (Tab. 4 auf S. 22). Dabei machen

sie auch auf von IAEA, WHO unbeachtete Probleme aufmerksam, wie Erkrankungen des Nervensystems, Müdigkeitssyndrome, genetische Veränderungen etc. Es ist in jedem Falle auffallend, dass die Annäherung der Position der belarussischen Führung an die Bewertung von IAEA und WHO einher geht mit der Beschlussfassung über den Bau eines Atomkraftwerks im Land. Eine öffentliche kritische Diskussion über die AKW-Option wird faktisch nicht zugelassen. An dieser Situation änderte auch der durch das Erdbeben in Japan ausgelöste GAU im AKW Fukushima nichts. Vielmehr unterzeichneten Belarus und Russland Mitte März 2011 unbeeindruckt von den japanischen Ereignissen eine Regierungsvereinbarung über den gemeinsamen Bau eines AKW auf belarussischem Territorium an der Grenze zu Litauen. Ebenso wurden Forschungsergebnisse einheimischer Wissenschaftler, die auf genetische oder neuropsychische Veränderungen bei den Betroffenen hinweisen, nicht in den Nationalbericht integriert.

Auch die internationale zivilgesellschaftliche Tschernobyl-Hilfe wird von der belarussischen Führung nur bedingt anerkannt. So wird ihr Wert häufig nur im Hinblick auf ihren finanziellen Beitrag zu Investitionen bewertet, wonach ihre Bedeutung im Vergleich zur umfangreichen staatlichen Hilfe verschwindend gering sei. Zudem werden die Tschernobyl-Initiativen auch regelmäßig verdächtigt politische Ziele zur Veränderung des Regimes zu verfolgen. Insbesondere der Einfluss der westlichen Kultur auf die zur Erholung ins Ausland eingeladenen belarussischen Kinder ist von Aljaksandr Lukaschenka mehrmals als negativ kritisiert worden. Immerhin sind in den letzten 20 Jahren über 850.000 Kinder zur Erholung ins Ausland eingeladen worden (Tab. 6 auf S. 23). Infolgedessen wird die humanitäre zivilgesellschaftliche Hilfe durch zahlreiche bürokratische Registrierungsauflagen erschwert. Dass die humanitäre Hilfe und die Anzahl der Initiativen in den letzten Jahren rückläufig ist, hat freilich auch viel damit zu tun, dass Tschernobyl in der westlichen öffentlichen Aufmerksamkeit durch andere Katastrophen verdrängt wird und viele Anfang der 1990er Jahre gebildete Initiativen Probleme haben, Nachwuchs zu finden. Dennoch gibt es allein in Deutschland derzeit immer noch über 500 aktive Tschernobyl-Initiativen. Insgesamt engagieren sich in praktisch allen europäischen Ländern bis heute Tschernobyl-Initiativen, so dass man sagen kann, dass sich in Reaktion auf die Katastrophe von Tschernobyl eine einzigartige gesamteuropäische Solidaritätsbewegung gebildet hat.

Bedeutung zivilgesellschaftlicher Initiativen

Die europäische Solidaritätsbewegung ist durch die Partnerschaftstagung des Internationalen Bildungs- und

Begegnungswerks in Dortmund und der Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte »Johannes Rau« Minsk im April 2011 in Belarus erstmals zusammengeführt worden. Über 400 Teilnehmer aus 12 Ländern diskutierten vier Tage lang miteinander die Perspektiven ihrer Projektarbeit, setzten sich mit medizinischen Folgen und Fragen der Energieversorgung auseinander. Im Mittelpunkt standen außerdem das Gespräch mit den noch lebenden Liquidatoren sowie die Erinnerung an die bereits verstorbenen Katastrophenopfer. Die Konferenz war Bestandteil eines größeren durch die Mercator-Stiftung geförderten Projekts des IBB, das auf die Förderung einer aktiven europäischen Erinnerungskultur zielt, die ein gesellschaftliches Lernen aus der Tschernobyl-Katastrophe ermöglichen soll.

Die belarussische Führung selbst führte im Unterschied zum 20. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe anlässlich des 25. Jahrestags keine großen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen durch. Der Präsident besuchte in traditioneller Manier die Tschernobyl-Zone, eine Gruppe von Liquidatoren wurde in das Parlament eingeladen und am Jahrestag fand, wie in den Vorjahren, ein orthodoxer Gottesdienst in der Gedenkkirche im Minsker Park der Freundschaft statt. Darüber hinaus gab es zahlreiche kleinere Veranstaltungen, Ausstellungen etc. in Minsk und den verstrahlten Regionen. In den letzten Jahren hat die belarussische Führung außerdem ein besonderes Augenmerk auf die Errichtung von Denkmälern für die entsiedelten Dörfer und verstorbenen Liquidatoren gerichtet. Diese Denkmäler folgen in ihrer Ästhetik den traditionellen Denkmälern zur Erinnerung an den Sieg im Zweiten Weltkrieg, worin sich widerspiegelt, dass sowohl die Menschen als auch die Behörden die Tschernobyl-Katastrophe vorrangig durch das Prisma des Zweiten Weltkriegs verarbeiten. Hierin

zeigt sich zugleich auch die Position der offiziellen Politik, die radioaktive Gefahr ähnlich wie den deutschen Feind im Krieg besiegen zu wollen.

Politische Konfliktlinien

Die Veranstaltungen zum 25. Jahrestag von Tschernobyl blieben nicht unberührt von der seit den Präsidentschaftswahlen vom 19. Dezember 2010 vorherrschenden politischen Gesamtsituation. So knüpfte der Präsident der EU-Kommission Barroso seine Teilnahme an der internationalen Tschernobyl-Konferenz im April 2011 in Kiew an die Abwesenheit des belarussischen Präsidenten Lukaschenka. Die ukrainische Führung versuchte diese Situation dadurch zu entschärfen, dass sie die Präsidenten von Belarus und Russland am 26. April 2011, d. h. genau am Jahrestag, zu einem Besuch des AKW Tschernobyl einlud. Letztendlich verzichtete Lukaschenka jedoch vollständig auf einen Besuch in der Ukraine – nicht ohne Barroso öffentlich wüst zu beschimpfen. Die belarussische Führung ihrerseits erteilte den Oppositionsgruppen keine Genehmigung, ihren traditionellen Tschernobyl-Marsch entlang der bisher üblichen Route mit Start an der Akademie der Wissenschaften durchzuführen. Die Veranstaltung durfte jedoch in der Nähe der Tschernobyl-Gedenkkirche am Bangalor-Platz stattfinden. Infolge der in der Gesellschaft vorherrschenden Angst kamen jedoch nur wenige hundert Personen zu dem Meeting. Tschernobyl bleibt damit ein Thema, das die Menschen in Belarus allen Normalisierungsbestrebungen zum Trotz politisch spaltet. Gleichzeitig kann sich das brückenbauende Potential, das der Tschernobyl-Problematik aufgrund des globalen Charakters der Katastrophe und der weitreichenden Solidaritätsbewegung innewohnt, bisher nur in Ansätzen entfalten.

Über die Autorin:

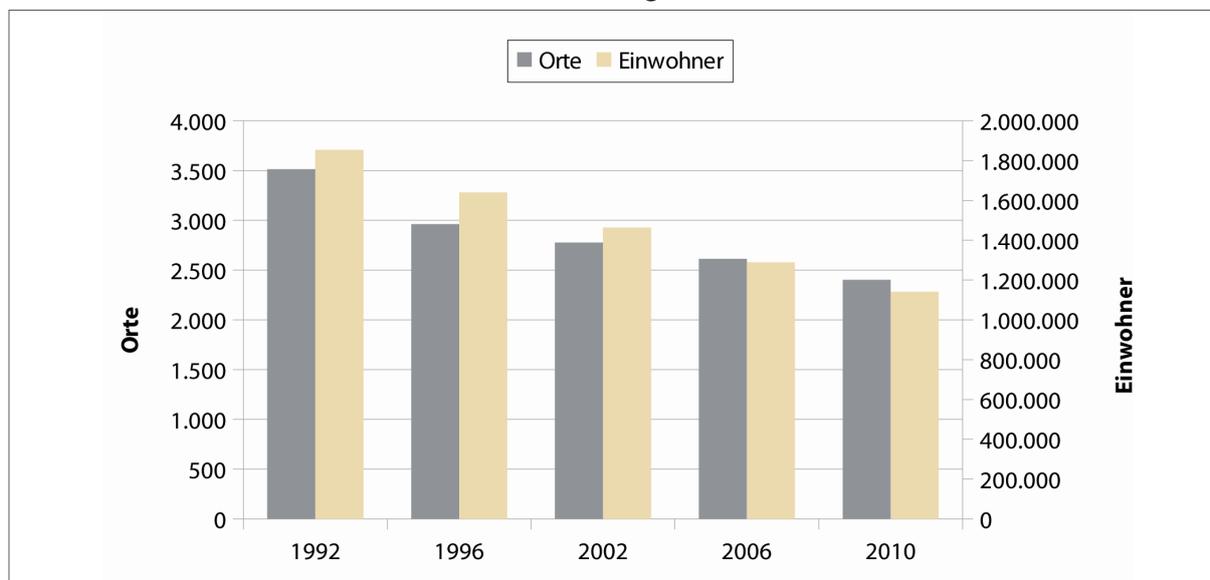
Dr. Astrid Sahn (*1968) ist Politikwissenschaftlerin und derzeit als deutsche Leiterin der Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte »Johannes Rau« in Minsk tätig. Zu ihren Forschungsthemen gehören Fragen der Nationalstaatsbildung und der politischen Transformation sowie der Umwelt- und Energiepolitik im postsowjetischen Raum.

Lesetipps:

- Astrid Sahn, Die Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl für Belarus. Dimensionen, politische Reaktionen und offene Fragen, in: Lutz Mez/Lars Gerhold, Gerhard de Haan (Hrsg.): Atomkraft als Risiko. Analysen und Konsequenzen nach Tschernobyl, Frankfurt a.M. u. a. 2010, S. 153–165.
- Department for Mitigation of the Consequences of the Catastrophe at the Chernobyl NNP of the Ministry of Emergency Situation of the Republic of Belarus: Reviving our homeland. Special edition for the 25th anniversary of the Chernobyl catastrophe, Minsk 2011, http://rbic.by/images/stories/articles/files/special_25th_enu.pdf
- Internationales Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund (Hg.) Tschernobyl und die europäische Solidaritätsbewegung, Dortmund 2011.
- Astrid Sahn/Manfred Sapper/Volker Weichsel (Hrsg.): Tschernobyl: Vermächtnis und Verpflichtung, Berlin 2006 (= OSTEUROPA 4/2006). 272 S., 15,- €. Inhaltsverzeichnis und Abstracts: <http://dl.o.e.dgo-online.org/issues/dl/0604de.pdf>; zu bestellen unter osteuroopa@dgo-online.org.

Folgen der Katastrophe von Tschernobyl

Grafik 1: Orte und Menschen in verstrahlten Regionen



Quelle: Tschetwert weka posle tschernobylskoi katastrofy: itogi i perspektiwy preodolenija. Nazionalnyj doklad Respubliki Belarus, Minsk 2011, S. 36.

Tabelle 1: Verteilung der radioaktiven Belastung in Belarus in 2010

Gebiet	Verstrahlte Fläche in 1000 km ²	in % der Gesamtfläche des Territoriums	Orte
Brest	2,37	7,23%	119
Wizebsk	0,01	0,03%	1
Homel	18,33	45,37%	1.315
Hrodna	0,61	2,41%	106
Minsk	0,9	2,25%	118
Mahiljou	7,88	27,08%	743
Republik Belarus	30,1	14,5%	2.402

Quelle: Tschetwert weka posle tschernobylskoi katastrofy: itogi i perspektiwy preodolenija. Nazionalnyj doklad Respubliki Belarus, Minsk 2011, S. 9f.

Tabelle 2: Teilnehmer an den Rettungsarbeiten am AKW Tschernobyl und in den umliegenden verstrahlten Gebieten (Liquidatoren)

Einsatzzeitraum	Zahl	Anteil der Personen mit bekannter Strahlendosis
1986	68.000	8 %
1987	17.000	12 %
1988	4.000	20 %
1989	2.000	16 %
Insgesamt 1986–1989	91.000	9 %

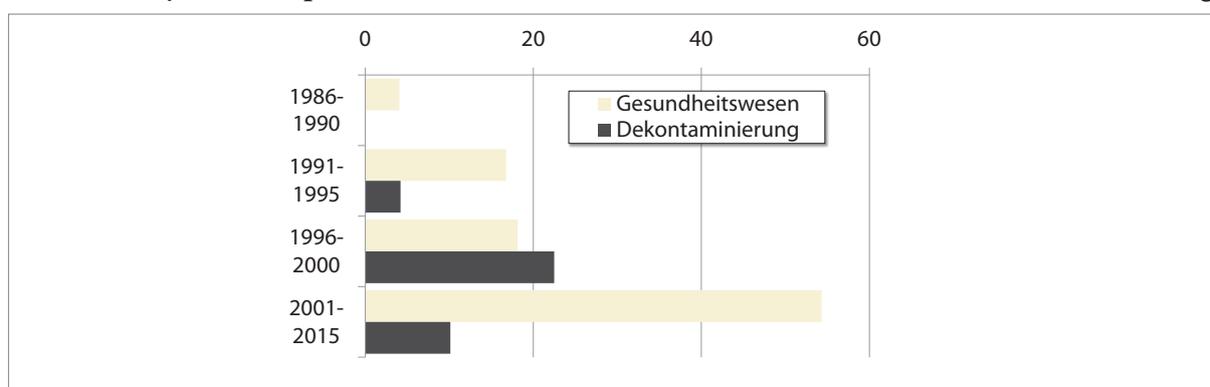
Quelle: Tschetwert weka posle tschernobylskoi katastrofy: itogi i perspektiwy preodolenija. Nazionalnyj doklad Respubliki Belarus, Minsk 2011, S. 11.

Tabelle 3: Struktur des volkswirtschaftlichen Schadens der Republik Belarus infolge der Tschernobyl-Katastrophe 1986–2015 in Mrd. USD

Wirtschaftsbereich	1986–1990	1991–1995	1996–2000	2001–2015	1986–2015
Gesundheitswesen	4,05	16,77	18,13	54,32	93,27
Landwirtschaft	18,3	20,0	15,6	18,1	72,0
Forstwirtschaft	0,58	0,68	0,70	2,15	4,11
Industrie	0,06	0,13	0,11	0,33	0,63
Bauwesen	0,15	1,25	0,32	0,96	2,68
Minerale, Rohstoffe, Wasserressourcen	2,00	0,12	0,15	0,40	2,67
Transport und Kommunikation	0,93	1,20	0,36	0,90	3,39
Soziale Sphäre	2,84	5,45	2,96	6,45	17,70
Dekontaminierung	0,04	4,19	22,48	10,12	36,83
Radioökologisches Monitoring	0,05	0,21	0,19	1,27	1,72
Insgesamt	29	50	61	95	235

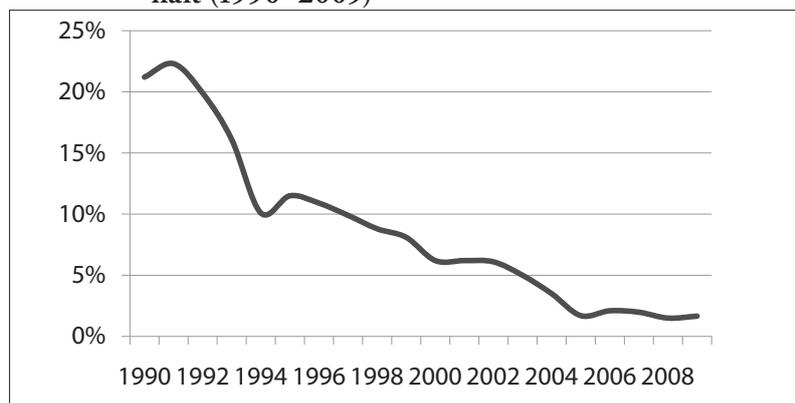
Quelle: *Tschetwert weka posle tschernobylskoi katastrofy: itogi i perspektivy preodolenija. Nazionalnyj doklad Respubliki Belarus, Minsk 2011, S. 19.*

Grafik 2: Struktur des volkswirtschaftlichen Schadens der Republik Belarus infolge der Tschernobyl-Katastrophe 1986–2015 in Mrd. USD (Gesundheitswesen und Dekontaminierung)



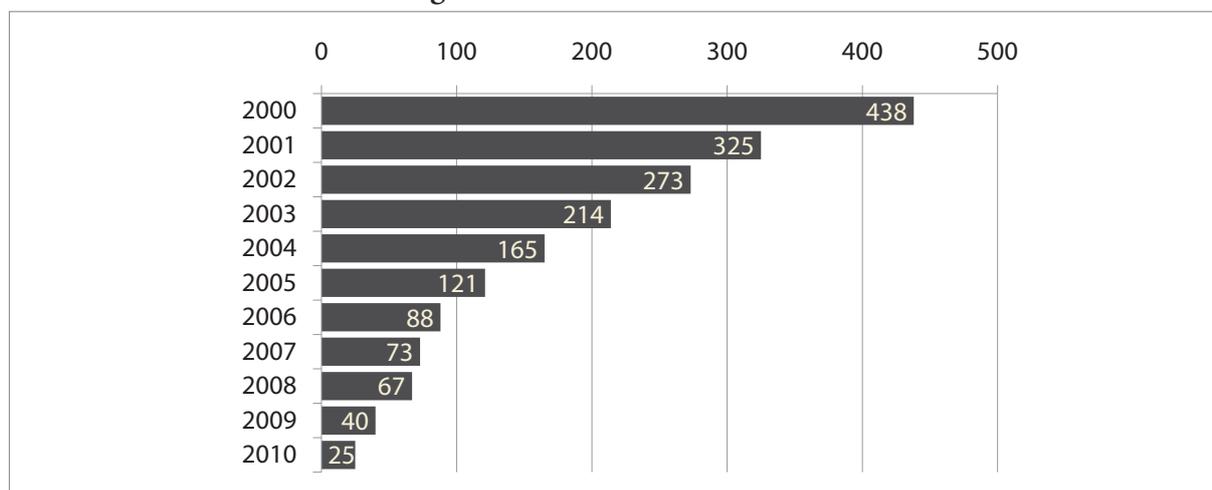
Quelle: *Tschetwert weka posle tschernobylskoi katastrofy: itogi i perspektivy preodolenija. Nazionalnyj doklad Respubliki Belarus, Minsk 2011, S. 19.*

Grafik 3: Entwicklung des Anteils der Tschernobyl-Ausgaben am belarussischen Staatshaushalt (1990–2009)



Quelle: Astrid Sahm: *Die Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl für Belarus. Dimensionen, politische Reaktionen und offene Fragen*, in: Lutz Mez/Lars Gerhold/Gerhard de Haan (Hrsg.): *Atomkraft als Risiko. Analysen und Konsequenzen nach Tschernobyl*, Frankfurt a.M. u.a. 2010, S. 153–165, hier S.157.

Grafik 4: Anzahl der Orte, in denen Milchproben mit Überschreitung der zulässigen Grenzwerte an Cäsium-137 gemessen wurden



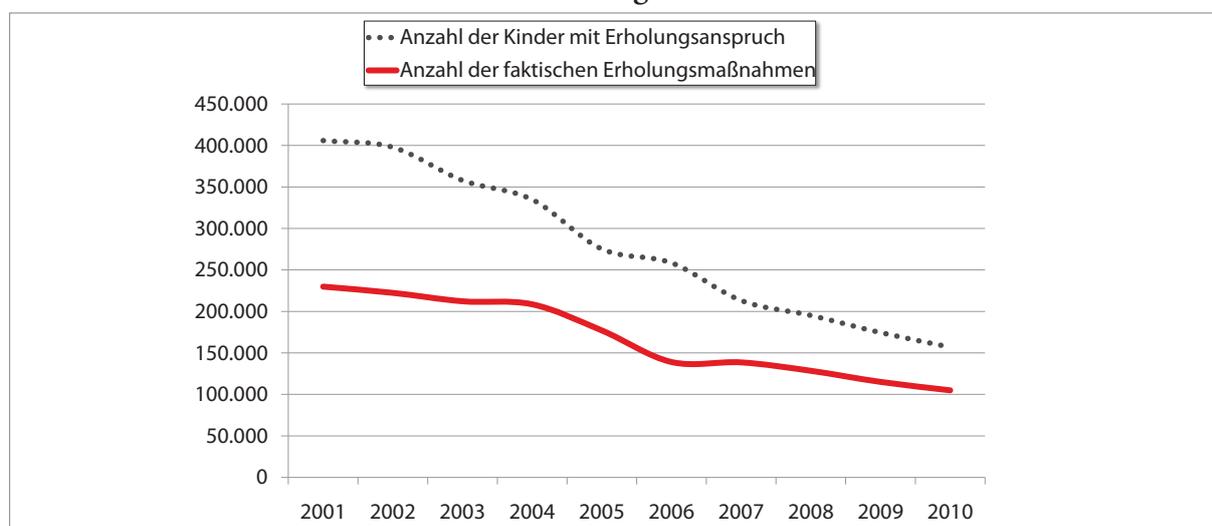
Quelle: Tschetwert weka posle tschernobylskoi katastrofy: itogi i perspektiwy preodolenija. Nazionalnyj doklad Respubliki Belarus, Minsk 2011, S. 56.

Tabelle 4: Erwartete medizinische Folgen der Tschernobyl-Katastrophe nach Prognosen unabhängiger Experten für 1986–2056

Krankheit	Anzahl der Erkrankungen		Anzahl der Todesfälle	
	Belarus	alle betroffenen Länder	Belarus	alle betroffenen Länder
Schilddrüsenkrebs	31.400	137.000	3.140	13.700
Leukämie	2.800	12.000	1.880	8.040
sonstige Krebsarten	28.300	123.000	16.400	71.340
<i>Insgesamt</i>	62.500	270.000	21.420	93.080

Quelle: The Chernobyl Catastrophe. Consequences on Human Health, Report by Greenpeace. Amsterdam 2006, S. 23.

Grafik 5: Anzahl der staatlichen Kindererholungsmaßnahmen in Belarus 2001 bis 2010



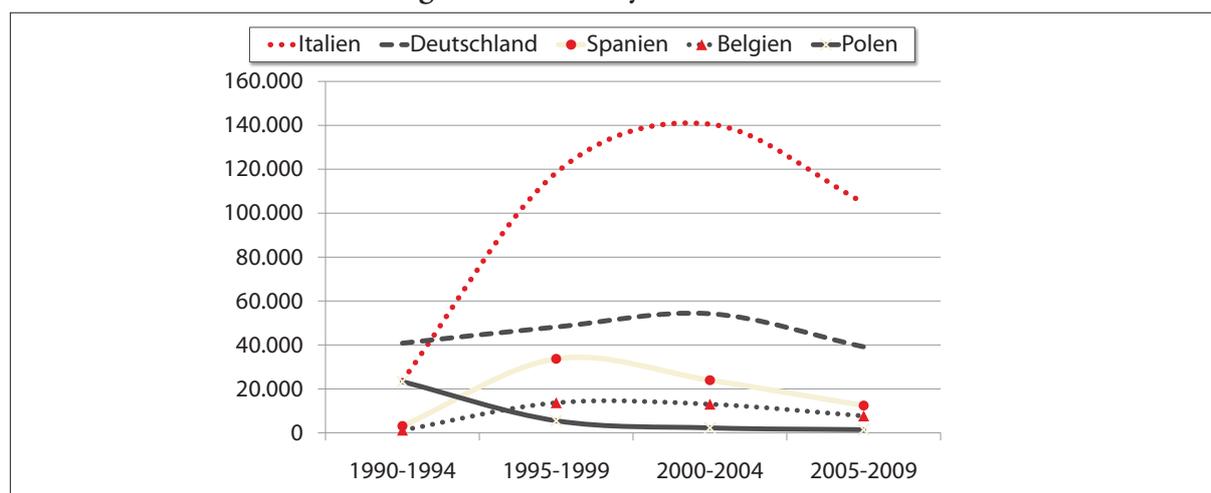
Quelle: Tschetwert weka posle tschernobylskoi katastrofy: itogi i perspektiwy preodolenija. Nazionalnyj doklad Respubliki Belarus, Minsk 2011, S. 42.

Tabelle 5: Anzahl der staatlichen Kindererholungsmaßnahmen in Belarus 2001 bis 2010

Jahr	Anzahl der Kinder mit Erholungsanspruch	Anzahl der faktischen Erholungsmaßnahmen	Anteil in %
2001	405.926	229.883	56,7 %
2002	397.855	222.370	55,9 %
2003	357.912	212.220	59,3 %
2004	334.788	208.563	62,3 %
2005	275.196	177.011	64,3 %
2006	258.462	138.982	53,8 %
2007	213.099	138.524	65,0 %
2008	195.118	128.365	65,8 %
2009	174.418	115.003	65,9 %
2010	156.876	104.856	66,8 %

Quelle: *Tschetwert weka posle tschernobylskoi katastrofy: itogi i perspektiwy preodolenija. Nazionalnyj doklad Respubliki Belarus, Minsk 2011, S. 42.*

Grafik 6: Anzahl der Einladung von Tschernobyl-Kindern durch ausländische Initiativen



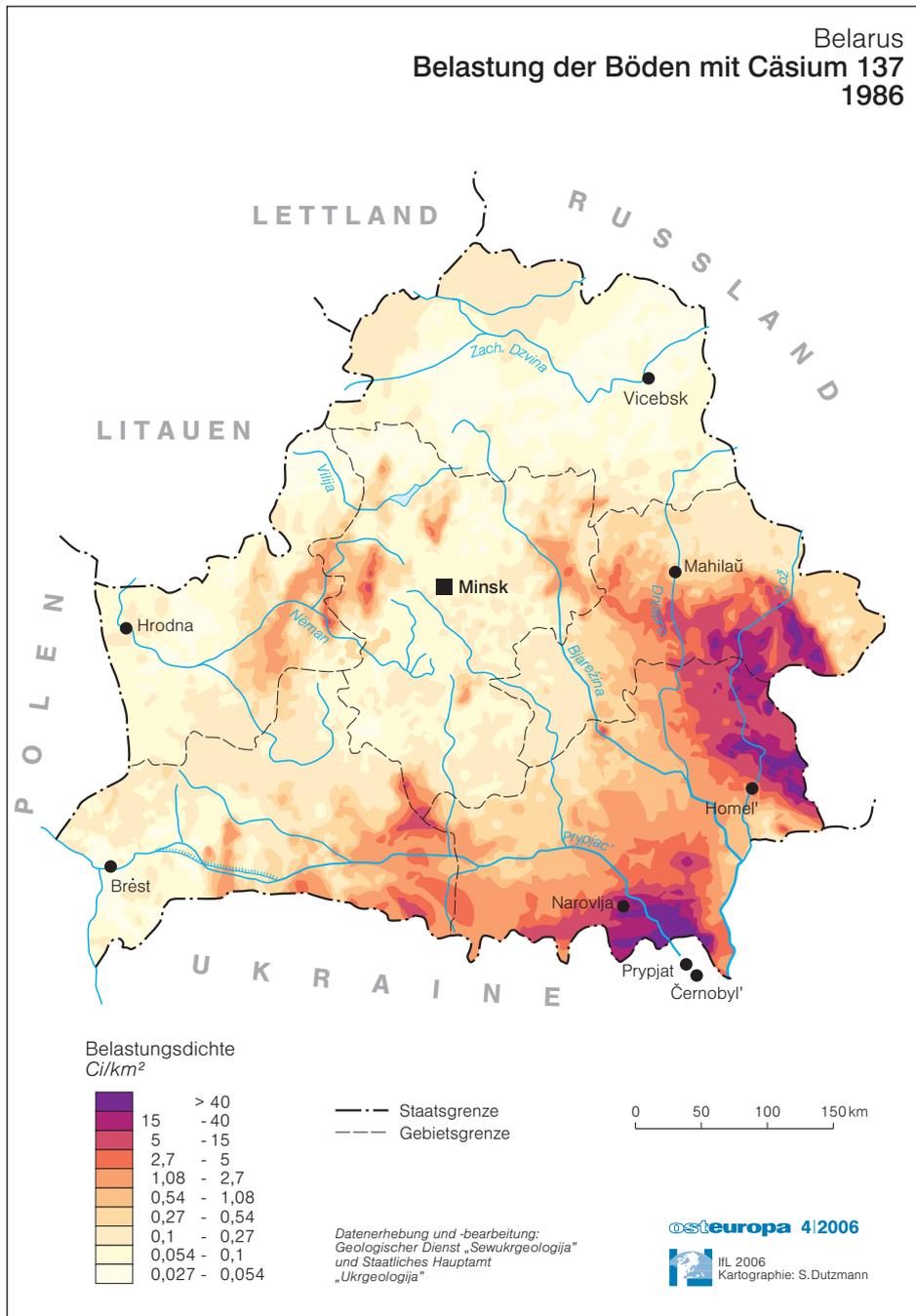
Quelle: *Department für humanitäre Angelegenheiten der Republik Belarus, Minsk 2010.*

Tabelle 6: Anzahl der Einladung von Tschernobyl-Kindern durch ausländische Initiativen

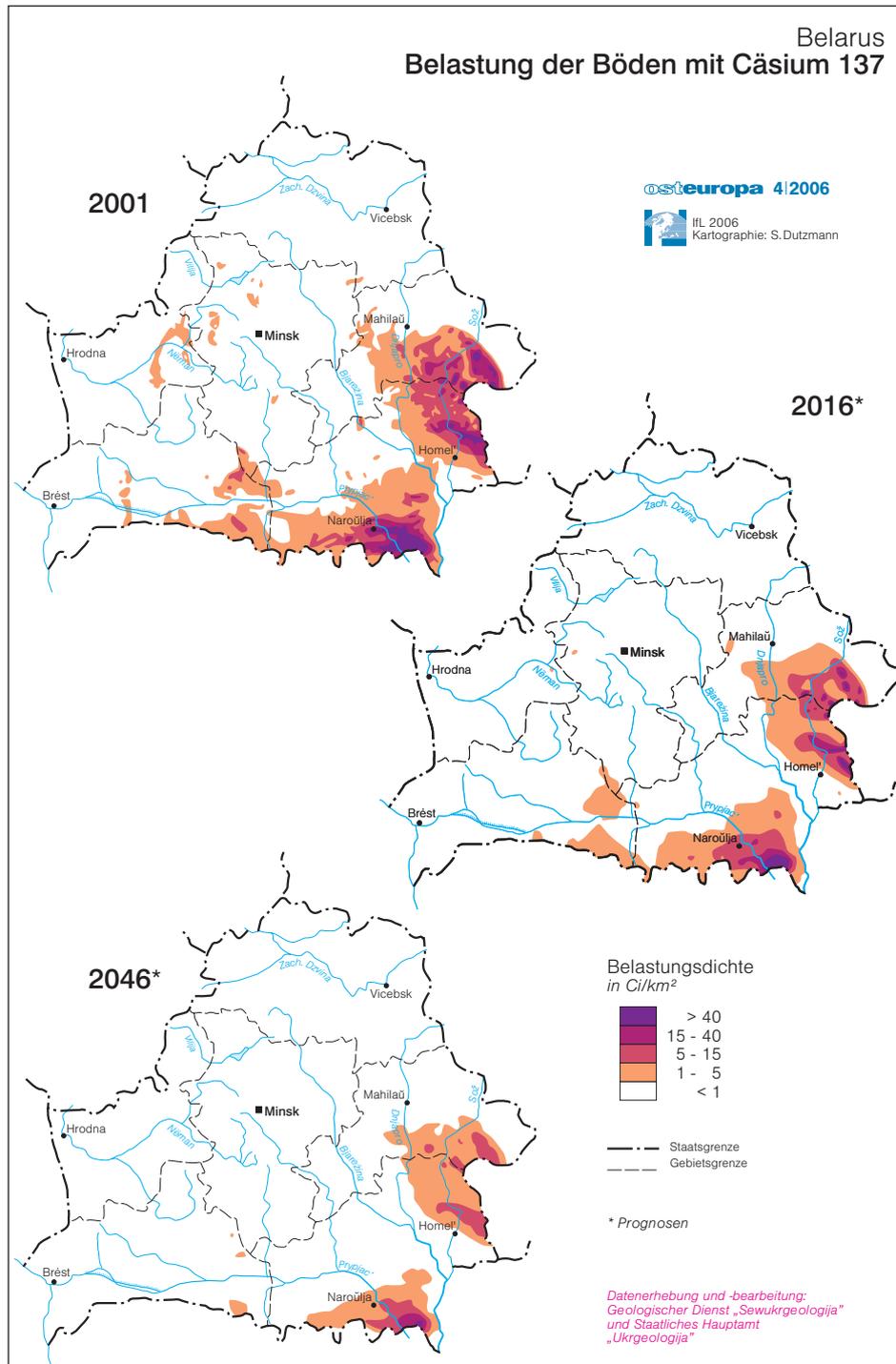
		1990-1994	1995-1999	2000-2004	2005-2009	Insgesamt
1.	Italien	23.750	118.432	140.524	104.791	387.497
2.	Deutschland	40.800	48.172	54.200	39.148	182.320
3.	Spanien	3.100	33.674	23.949	12.418	73.141
4.	Belgien	1.220	13.690	13.037	7.686	35.633
5.	Polen	23.300	5.497	2.255	1.426	32.478
6.	Irland	0	6.177	136.68	10.787	30.632
7.	Großbritannien	200	5.214	10.697	12.038	28.149
8.	Österreich	2.535	5.415	5.038	3.248	16.236
9.	USA	235	1.459	6.026	5.032	12.752
10.	Niederlande	0	1.283	60.35	5.194	12.512
11.	Frankreich	3.540	3.193	2.559	2.140	11.432
12.	Andere	7.775	16.722	10.001	5.631	40.129
	<i>Insgesamt</i>	<i>106.455</i>	<i>258.928</i>	<i>287.988</i>	<i>209.539</i>	<i>862.910</i>

Quelle: *Department für humanitäre Angelegenheiten der Republik Belarus, Minsk 2010.*

Karte 1: Belastung der belarussischen Böden mit Cäsium 137 (1986)



Karte 2: Belastung der belarussischen Böden mit Cäsium 137 (2001–2046)



Chronik vom 14. März bis zum 24. Mai 2011

14.3.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka unterzeichnet einen Erlass, der den Abschluss einer Vereinbarung mit Russland über den Bau eines belarussischen AKWs vorsieht.
14.3.2011	Die Bewegung Belaja Rus wird laut ihrem Vorsitzenden Aljaksandr Radkou aktiv an den Parlamentswahlen 2012 teilnehmen. Belaja Rus wird von Kritikern als zukünftige Staatspartei nach dem Vorbild der russischen Jedinaja Rossija bezeichnet.
15.3.2011	In Minsk findet die Sitzung des zwischenstaatlichen Rats der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft statt. Der belarussische Ministerpräsident Michail Mjasnikowitsch erklärt, er halte eine Vertiefung der Beziehungen im Unionsstaat und der Zollunion zwischen Belarus, Kasachstan und Russland für notwendig.
16.3.2011	Die internationale Beobachtermission der Menschenrechtslage in Belarus empfiehlt der belarussischen Regierung, OSZE-Experten zur Expertise der Ereignisse am Wahlabend des 19. Dezember 2010 heranzuziehen.
17.3.2011	Das alternative »Autoradio« kann nicht wieder auf Sendung gehen. Die entsprechende positive Entscheidung des höchsten Wirtschaftsgerichts wurde von der Gerichtskommission annulliert. Das Gericht muss nun von neuem tagen.
20.3.2011	Der US-Senat verabschiedet eine Resolution, in der er die Präsidentschaftswahlen in Belarus als illegitim bezeichnet und die Regierung auffordert, Neuwahlen durchzuführen.
21.3.2011	Die Außenminister der EU weiten die Einreiseverbote für belarussische Beamte wegen der schlechten Menschenrechtslage im Land aus. Die neue Liste enthält nun 19 zusätzliche Namen.
21.3.2011	Das belarussische Außenministerium fordert die westliche Allianz auf, ihre Kampfeinsätze in Libyen einzustellen, da diese die Zivilbevölkerung gefährdeten.
22.3.2011	Laut Informationen des staatlichen Ölkonzerns Belneftechim wird belarussisches Benzin aufgrund des Preisunterschieds in großen Mengen in Nachbarländer verkauft. Im ersten Quartal wurde demnach an belarussischen Zapfsäulen 28 % mehr Benzin als im Vorjahr verkauft.
23.3.2011	Nach Zahlen des belarussischen Statistikministeriums sind die Reallöhne seit Jahresbeginn um 13,5 % zurückgegangen.
24.3.2011	Ex-Präsidentschaftskandidat Ales Michalewitsch wird von Tschechien als politischer Flüchtling anerkannt. Michalewitsch ist in Belarus für die Organisation der Demonstrationen am 19. Dezember 2010 angeklagt.
24.3.2011	Die Anführer der oppositionellen Jugendorganisation Malady Front, Dsmitryj Daschkewitsch und Eduard Lobau, werden zu zwei bzw. vier Jahren Gefängnis verurteilt. Sie sollen zwei Männer zusammengeschlagen haben.
25.3.2011	In Belarus finden traditionelle Oppositionsdemonstrationen zum Jahrestag der Gründung der Belarussischen Volksrepublik statt. Die Opposition kann sich jedoch nicht auf ein gemeinsames Szenario einigen. Im ganzen Land werden bei nicht genehmigten Aktionen etwa 70 Personen festgenommen.
29.3.2011	Die belarussische Nationalbank gestattet Geschäftsbanken, vom offiziellen Wechselkurs um 10 % abzuweichen.
30.3.2011	Die USA beschließen Sanktionen gegen den belarussischen staatlichen Ölkonzern Belneftechim, da dieser mit iranischem Öl handelt.
31.3.2011	Der IWF fordert Belarus auf, eine »wirkliche Abwertung« des belarussischen Rubels vorzunehmen.
31.3.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka verkündet, es werde keine weiteren Subventionen für staatliche Landwirtschaftsfirmen geben.
4.4.2011	Die Ratingagentur Moody's stuft die Valutareserven von sechs belarussischen Banken von B2 auf B3 ab. Außerdem halten es die Experten für möglich, dass sich die belarussische Währungskrise nach dem Szenario der russischen Finanzkrise der Jahre 2008–2009 entwickelt.
4.4.2011	Uladsimir Wolkau, stellvertretender Chef des staatlichen Ölkonzerns Belneftechim, präsentiert in Minsk ein Abkommen mit der Ukraine über Öltransite. Durch die Vereinbarungen sanken die Transportkosten für Rohöl von 42,5 US-Dollar auf 15 US-Dollar pro Tonne.

4.4.2011	Die belarussischen Ermittlungsbehörden mildern ihre Vorwürfe gegen die leitenden oppositionellen Aktivisten Dsmityrj Bandarenka, Sjarhej Marzalew, Pawal Sewjarynez und Iryna Chalip im Zusammenhang mit den Protesten bei den belarussischen Präsidentschaftswahlen im Dezember 2010. Statt Anstiftung zu Massenunruhen (Höchststrafe 15 Jahre Gefängnis) wird ihnen nun die Störung der öffentlichen Ordnung vorgeworfen (Höchststrafe drei Jahre).
5.4.2011	Die deutsche Botschaft in Minsk erklärt, dass Deutschland die Visagebühren für belarussische Kinder bis zum 13. Lebensjahr abgeschafft habe. Vorher galt die Regelung nur bis zum 6. Lebensjahr.
5.4.2011	Der belarussische Botschafter in Litauen, Uladsimir Draschyn, trifft sich mit dem stellvertretenden litauischen Außenminister Evaldas Ignatavičius bezüglich der Auseinandersetzungen zum Bau des belarussischen AKWs an der litauischen Grenze. Draschyn bestätigt, dass Belarus die Prüfung der Umweltauswirkungen des Projekts noch nicht abgeschlossen habe. Der Bau des AKWs soll im September 2011 beginnen und bis 2018 komplett abgeschlossen sein.
5.4.2011	Laut Umfragen des unabhängigen Instituts NISPI würden bei einer Wahl noch 42,9 % der Befragten für Präsident Lukaschenka stimmen. Ende 2010 waren es noch 53 %.
5.4.2011	Litauische Banken senken ihren Umtauschkurs zwischen US-Dollar und Belarussischem Rubel auf bis zu 50 % des Kurses der Belarussischen Nationalbank ab.
5.4.2011	Andrej Sawinytsch, Pressesprecher des belarussischen Außenministeriums, erklärt, Litauen erzeuge absichtlich Spannungen in den Beziehungen zwischen der OSZE und Belarus. Litauen hat im laufenden Jahr den OSZE-Vorsitz inne.
7.4.2011	Belarus plant den Verkauf seines Mehrheitsanteils von 51 % am Mobilfunkanbieter MTS, erklärt der stellvertretende Ministerpräsident Anatol Kalinin. Da man sich mit der russischen Muttergesellschaft MTS (49 %) nicht einig geworden sei, würden die Anteile nun auf dem internationalen Markt angeboten.
7.4.2011	Der litauische Außenminister Vygaudas Ušackas erklärt, der Bau des belarussischen AKWs 50 km vor der litauischen Grenze sei eine »Provokation«.
8.4.2011	Laut Information der UNO-Arbeitsgruppe zum Einsatz von Söldnern kämpfen im libyschen Bürgerkrieg belarussische Bürger auf Seiten der Regierungstruppen. Das belarussische Außenministerium dementiert dies.
8.4.2011	Die belarussischen Ermittlungsbehörden lassen den bekannten Politologen und Oppositionellen Aljaksandr Fjaduta vorläufig aus der Untersuchungshaft frei. Dem Koordinator der Bewegung »Sag die Wahrheit« von Ex-Präsidentschaftskandidat Uladsimir Njakljajeu wird vorgeworfen, die Demonstrationen am Wahlabend des 19. Dezember mit organisiert zu haben.
10.4.2011	Catherine Ashton, Hohe Repräsentantin für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, äußert ihre tiefe Besorgnis über die Verhaftung des polnischen Journalisten Andrzej Paczobut durch belarussische Sicherheitskräfte. Paczobut wird Verunglimpfung des belarussischen Präsidenten vorgeworfen (Höchststrafe vier Jahre Gefängnis).
11.4.2011	In der Minsker U-Bahn explodiert eine Bombe. Zwölf Menschen sterben, mehr als 200 werden verletzt.
11.4.2011	Der stellvertretende russische Finanzminister Sergej Stortschak empfiehlt Belarus, zur Lösung seiner Währungsprobleme verstärkt Staatsfirmen zu privatisieren.
11.4.2011	Laut belarussischem Statistikkomitee betrug die Inflation im Land zwischen März 2010 und März 2011 13,9 %.
11.4.2011	Die Kommission für Inspektion von elektronischen Medien erneuert die Liste von Internet-Ressourcen, zu denen Computer staatlicher Einrichtungen keinen Zugang haben. Das Verbot betrifft auch die populären oppositionellen Informationsportale »Chartyja-97« und »Belaruski Partysan«.
12.4.2011	Wegen des Terroranschlags in der Minsker U-Bahn wurden laut Staatsanwaltschaft mehrere Personen verhaftet.
12.4.2011	Die Staatsanwaltschaft warnt unabhängige Medien davor, im Zusammenhang mit dem Bombenanschlag Gerüchte zu verbreiten.

12.4.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka befiehlt den Sicherheitskräften, in einer »Säuberungsaktion« illegale Waffenbesitzer ausfindig zu machen.
13.4.2011	Das Innenministerium erklärt, dass drei Verdächtige ihre Mittäterschaft an dem Bombenanschlag gestanden hätten. Präsident Aljaksandr Lukaschenka erklärt den Anschlag für aufgeklärt.
14.4.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka trifft sich mit Vertretern der Synode der Russischen Orthodoxen Kirche. Der Präsident erklärt, er habe besonders hohe Erwartungen an die Kirche im Bereich der patriotischen Erziehung der Jugend.
15.4.2011	Das belarussische Informationsministerium spricht der staatskritischen Zeitung Nascha Niwa eine Verwarnung wegen Falschinformation über den Bombenanschlag in der Minsker U-Bahn aus. Eine weitere Verwarnung wird der oppositionellen Zeitung Narodnaja Wolja ausgesprochen.
18.4.2011	Die österreichische Raiffeisenbank schätzt das Währungsdefizit in Belarus auf acht bis elf Milliarden US-Dollar. Laut den Analysten des Instituts können nur eine weitreichende Privatisierung und IWF-Kredite das Land aus der Situation befreien. Die Experten der Ratingagentur Standard & Poor's sagen dem Land eine politische Krise voraus.
18.4.2011	Die Belarussische Nationalbank hebt die Einschränkungen des Währungskurses im Handel zwischen belarussischen Banken auf.
20.4.2011	Der Wechselkurs des belarussische Rubels im Handel zwischen Banken gibt stark nach und weicht nun um 40 % vom offiziellen Kurs ab.
21.4.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka erklärt in seiner jährlichen Rede an die Nation, dass Belarus sein Atomkraftwerk bauen werde, »koste es, was es wolle«.
22.4.2011	Das belarussische Energieministerium erklärt, dass Belarus nach Fertigstellung seines AKWs den Import russischen Gases um 25 % reduzieren könne und dadurch die Stromkosten für Belarus um 20 % fallen würden.
22.4.2011	Ministerpräsident Michail Mjasnikowitsch verkündet, dass die zukünftigen Privatisierungserlöse zum Erwerb neuen staatlichen Eigentums genützt würden und nicht zur Deckung laufender Kosten.
23.4.2011	Laut belarussischem Statistikministerium beträgt die durchschnittliche Rente im Land 192 US-Dollar.
24.4.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka unterstellt die Nationale Agentur für Investitionen und Privatisierung dem Wirtschaftsministerium. Dadurch wird die Eigenständigkeit der Agentur, die vorher direkt der Regierung unterstand, eingeschränkt.
25.4.2011	Mehr als eine Million belarussischer Bürger nehmen an den Osterfeierlichkeiten teil.
25.4.2011	Laut belarussischem Statistikministerium sind die realen Einkommen im März um 4,8 % gestiegen.
26.4.2011	Die Tschernobyl-Katastrophe jährt sich zum 25. Mal.
26.4.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka nennt EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso einen »unverschämten Kerl«. Barroso hatte es abgelehnt, an der ukrainischen Konferenz zum Tschernobyl-Jahrestag teilzunehmen, falls Lukaschenka daran teilnehme. Für seine Ausladung macht Lukaschenka den ukrainischen Präsidenten Janukowytsch verantwortlich.
26.4.2011	In Minsk wird eine Minidemo von Anti-Atomkraft-Aktivisten aufgelöst, zwölf Personen werden festgenommen. Unter ihnen sind fünf Deutsche und eine polnische Staatsbürgerin, die in Folge ausgewiesen werden.
27.4.2011	In Minsk nehmen etwa 500 Personen an der traditionellen oppositionellen Demonstration zum Jahrestag des Tschernobyl-Unglücks teil. Sie protestieren gegen den Bau des ersten geplanten belarussischen AKWs und fordern eine Beendigung der Verfolgung belarussischer Oppositioneller.
27.4.2011	Ein Minsker Gericht verurteilt Dsimtryj Bandarenka, den Koordinator der Präsidentschaftskampagne von Andrej Sannikau, zu zwei Jahren Gefängnisstrafe.
27.4.2011	Das belarussische Informationsministerium beantragt vor Gericht die Schließung der staatskritischen Zeitungen Nascha Niwa und Narodnaja Wolja.
28.4.2011	Nach Zahlen des belarussischen Statistikministeriums sind in Folge der Währungskrise 600.000 Belarussen arbeitslos geworden.

29.4.2011	Das belarussische Oberhaus ratifiziert eine Vereinbarung zwischen Belarus und Aserbaidschan über die Stimulierung und den Schutz von Investitionen.
30.4.2011	Informationsminister Aleh Praljaskouski erklärt, seine Behörde habe die Schließung der Zeitungen Narodnaja Wolja und Nascha Niwa beantragt, da diese Falschinformationen über den Bombenanschlag in der Minsker U-Bahn publiziert hätten.
2.5.2011	Die Menschenrechtsorganisation Freedom House stuft Belarus als eines der zehn Länder der Welt mit der geringsten Pressefreiheit ein.
2.5.2011	Der internationale Währungsfonds veröffentlicht eine Analyse, nach der Belarus 14 % seines Bruttoinlandsprodukts für Subventionen ausgibt. Dieser Anteil sei zu hoch, so die Experten des IWF.
3.5.2011	Die parlamentarische Versammlung der Östlichen Partnerschaft Euronest wird in Brüssel ohne belarussische Teilnahme gegründet. Hintergrund ist die Menschenrechtslage in Belarus.
4.5.2011	Belarus erhöht seine Exportzölle auf Öl und Ölprodukte.
5.5.2011	Ein Minsker Gericht verurteilt fünf oppositionelle Aktivisten zu Haftstrafen zwischen drei und fünf Jahren für die Organisation der Demonstration am 19. Dezember 2010.
5.5.2011	Russland hat den ersten Teil der Gaspipeline North Stream fertig gestellt, die belarussisches Territorium umgeht und bisherige Transportwege durch das Land ab voraussichtlich 2012 überflüssig machen wird.
5.5.2011	Die Automobilfirmen MAZ (Belarus) und KamAZ (Russland) beginnen ihre Verhandlungen über die Schaffung einer gemeinsamen Holding. Laut MAZ herrscht »gegenseitiges Verständnis« in allen wesentlichen Fragen.
6.5.2011	Der deutsche Kanzleramtsminister Ronald Pofalla erklärt während seines Besuchs in der litauischen Hauptstadt Vilnius, dass das geplante belarussische AKW nicht internationalen Standards entsprechen werde.
9.5.2011	Zum Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus erklärt Präsident Aljaksandr Lukaschenka, das Land sei einem dauernden »politischen Krieg« von außen ausgesetzt, dessen Ziel eine Spaltung der belarussischen Gesellschaft sei. Indessen sei sein Land nach wie vor offen für einen Dialog mit Europa.
10.5.2011	Das belarussische Außenhandelsdefizit erreicht laut Nationalbank 2,35 Milliarden US-Dollar – etwa 3,5 mal so viel wie im Vorjahreszeitraum.
10.5.2011	Die Belarussische Nationalbank hebt ihre Einschränkungen für den Wechselkurs belarussischer Banken auf. Der IWF begrüßt die Entscheidung.
11.5.2011	Catherine Ashton, Hohe Repräsentantin für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, erklärt vor dem Europaparlament, die verhängten Sanktionen gegen belarussische hochgestellte Beamte seien die einzige Handlungsoption der EU gegenüber Belarus nach dem 19. Dezember gewesen.
11.5.2011	Der russische Finanzminister Aleksej Kudrin erklärt, Russland plane im Jahr 2011 nicht, Belarus einen Kredit zur Verfügung zu stellen. Allerdings werde der Antrag von Belarus beim Antikrisenfonds der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft geprüft. Hier könne Belarus für den Zeitraum 2011–2013 jedes Jahr eine Milliarde US-Dollar bekommen.
11.5.2011	Die Inflationsrate im ersten Quartal 2011 betrug laut Statistikkomitee 10,9 %.
11.5.2011	In Minsk beginnt der Prozess gegen fünf ehemalige Präsidentschaftskandidaten. Ihnen wird vorgeworfen, am 19. Dezember 2010 zu Massenunruhen angestiftet zu haben.
11.5.2011	Ein Minsker Gericht eröffnet den Prozess gegen die Ex-Präsidentschaftskandidaten Mikalaj Statkewitsch und Dsmitryj Us.
12.5.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka erklärt, Belarus werde in zwei Monaten die Währungskrise bewältigt haben.
12.5.2011	Der Vorsitzende des Europaparlaments, Jerzy Buzek, fordert die Internationale Eishockeyföderation auf, die Weltmeisterschaft 2014 aufgrund der Menschenrechtssituation nicht in Belarus auszutragen.
12.5.2011	Laut belarussischer Nationalbank hat die Bevölkerung im April Valuta-Einlagen von etwa 459 Millionen US-Dollar von den Banken abgehoben. Dies entspricht 9,9 % der Gesamtdeposite.

12.5.2011	Das Europaparlament verabschiedet mit absoluter Mehrheit eine Resolution, in der die Exekutivorgane der EU aufgefordert werden, die Maßnahmen gegen die belarussische Staatsführung auszuweiten und punktuelle Wirtschaftssanktionen einzuführen.
13.5.2011	Laut Statistikministerium hat sich das belarussische BIP im ersten Quartal 2011 um 12,3 % erhöht.
13.5.2011	Das belarussische Außenministerium bezeichnet die Resolution des Europaparlaments als »nicht akzeptabel«, sie zielt auf eine Unterwanderung der Stabilität im Lande ab.
13.5.2011	Die belarussische Inflation in Höhe von 10,9 % im Vergleich zum Vorjahr ist laut Statistikkomitee die höchste im GUS-Raum. Es folgt Russland mit 4,3 %.
14.5.2011	Ein Minsker Gericht verurteilt den Ex-Präsidentschaftskandidaten Andrej Sannikau zu fünf Jahren Gefängnisstrafe, vier mitangeklagte Oppositionelle erhalten Strafen von drei bis dreieinhalb Jahren.
14.5.2011	Bundeskanzlerin Angela Merkel ruft Präsident Aljaksandr Lukaschenka in einer Presseerklärung dazu auf, alle politischen Gefangenen frei zu lassen.
14.5.2011	Jean-Eric Holzapfel, Vertreter der EU in Belarus, erklärt, die Union werde die Situation in Belarus erst nach Abschluss aller Gerichtsprozesse gegen Oppositionelle und Demonstranten abschließend einschätzen.
15.5.2011	Catherine Ashton, Hohe Repräsentantin für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, kritisiert die Verurteilung von Andrej Sannikau und fordert Belarus auf, den Druck auf die Opposition zu beenden. Die EU behalte sich weitere Sanktionen vor.
17.5.2011	Der russische Finanzminister Aleksej Kudrin erklärt, Belarus plane, im laufenden Jahr Staatsfirmen im Gegenwert von drei Milliarden US-Dollar zu privatisieren.
17.5.2011	Die russische Assoziation der Hersteller von Milchprodukten beklagt sich bei der russischen Regierung über belarussische »Dumpingpreise«. Belarussische Exportprodukte seien durch die Schwäche des belarussischen Rubels konkurrenzlos billig.
20.5.2011	Die beiden Präsidentschaftskandidaten Uladsimir Njakljajeu und Wital Rymascheuski sowie vier weitere Oppositionelle werden wegen Teilnahme an den Wahlprotesten vom 19.12.2010 zu Haftstrafen von ein bis zwei Jahren verurteilt. Die Strafen sind zur Bewährung ausgesetzt bzw. können später angetreten werden, so dass die Verurteilten vorerst auf freiem Fuß bleiben.
23.5.2011	Die Belarussische Nationalbank wertet die Landeswährung um 56 % ab, von 3.155 auf 4.930 Belarussische Rubel für einen US-Dollar.
23.5.2011	Die EU-Außenminister beschließen Sanktionen gegen 13 hochstehende belarussische Beamte, in erster Linie Richter und Staatsanwälte. Ihnen wird die Einreise in die EU verweigert, ihre Vermögen auf EU-Konten werden eingefroren. Diese Maßnahmen treffen nun insgesamt 188 Personen.
24.5.2011	Aufgrund der Währungsabwertung steigt der Benzinpreis um 20 %.

Zusammengestellt von Martin Schön

Die Belarus-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. und Internationales Bildungs- und Begegnungswerk, Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Judith Janiszewski, Heiko Pleines, Astrid Sahn, Martin Schön

Satz: Matthias Neumann

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

ISSN 2192-1350 © 2011 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Abstracts der Artikel aus OSTEUROPA 12/2010 »Der Fall Belarus. Gewalt, Macht, Ohnmacht«

OSTEUROPA 12/2010 widmet sich unter dem Titel »Der Fall Belarus. Gewalt, Macht, Ohnmacht« der Lage in Belarus nach den Wahlen am 19. Dezember 2010. Das Heft hat 224 Seiten und kostet 10,00 €. Bestellungen bitte über osteuropa@dgo-online.org Im Einzelnen enthält es folgende Beiträge:

Der Fall Belarus

Analysen, Interpretationen, Konsequenzen

Wahlfälschungen, brutale Gewalt gegen Demonstranten, Verhaftungen, und Repressionen: Zweifel am Charakter des Lukašenka-Regime dürften ausgeräumt sein. Aber weshalb diese Eskalation? Und wie soll die EU reagieren: Die »Politik des Dialoges« mit Minsk ist gescheitert. Doch die Politik der Isolation hatte auch nicht die gewünschten Ergebnisse gebracht. Die Belarus-Expertin Astrid Sahm sowie ihre internationalen Kollegen Joerg Forbrig, Rainer Lindner, David Marples und Arkady Moshes decken die innenpolitischen Ursachen auf, beleuchten die Macht und Ohnmacht des Regimes, überprüfen seine Stabilitätsressourcen, interpretieren Russlands Rolle, stellen die potentiellen Reaktionen der EU auf den Prüfstand und diskutieren Entwicklungsszenarien für Belarus.

Svetlana Aleksievič

»Wie früher will niemand mehr leben«

Offener Brief an Präsident Aljaksandr Lukašenka

Nach dem 19. Dezember leben wir in einem anderen Land. Verhaftungen von Demonstranten, Festnahmen von Präsidentschaftskandidaten durch den KGB, nächtliche Jagd der Geheimdienste auf Oppositionelle und Dissidenten. Es fehlt nicht mehr viel, und es kommt zu Schauprozessen. Die abgerichtete Menge wird schreien: ‚Kreuzige ihn!‘ Ehemalige Mitstreiter werden zu Verrätern. Studenten werden ihre Professoren verraten und die Professoren ihre Studenten. Die Gesellschaft ist gespalten. Erschreckt Sie das nicht?

Stefanie Schiffer

Nur Verlierer

Lukašenka, das Volk und die Wahl

Manipulierte Wahlen sind in Belarus unter Aljaksandr Lukašenka zur Regel geworden. Lange Zeit galt die Unterstützung für das Regime als so groß, dass es der Manipulation nicht bedurft hätte. Das hat sich geändert. Die Bevölkerung hat Lukašenka und seinem Regime das Vertrauen entzogen. Die Diktatur reagiert mit Repression und Gewalt. Das brutale Vorgehen des Regimes offenbart seine Schwäche. Die demokratischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte in Belarus verdienen Solidarität und Unterstützung. Die Zivilgesellschaft sollte ins Zentrum einer kohärenten Belaruspolitik der EU rücken.

Ingo Petz

Kreativität und Selbstbehauptung

Belarus' Kulturszene nach dem »Blutigen Sonntag«

Mit die stärksten Impulse für freiheitliche Werte kommen in Belarus aus der alternativen Kulturszene. Trotz der Repressionen durch das Lukašenka-Regime hat sie sich Freiräume für Kreativität und Subversion erobert. Nicht immer haben die Künstler ihr Wirken als ein politisches verstanden. Die Repressionen nach den Dezemberwahlen könnten zu einer Politisierung der alternativen Kultur in Belarus führen.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Rainer Lindner

Wirtschaft braucht Rechtssicherheit

Der Ost-Ausschuss blickt mit Sorge auf Belarus

Nach dem Verlauf der Präsidentschaftswahlen in Belarus und dem überhartem Vorgehen gegen die Opposition stellen sich für die deutsche Wirtschaft Fragen nach dem Umgang mit dem Land. Belarus muss seine Wirtschaft dringend modernisieren und ist dabei auf ausländische Investitionen angewiesen. Erforderlich ist eine Politik der konditionierten Kooperation. Für eine Zusammenarbeit sind Reformen erforderlich.

Gemma Pörzgen

Imagepflege für autoritäre Regimes

PR-Agenturen, der Journalismus und der Fall Belarus

Autokratische Regime wollen international Sympathie erringen. Westliche Berater helfen, das »Country-Image« zu entwickeln. Ein Instrument dafür sind bezahlte Pressereisen. In Zeiten sinkender redaktioneller Reiseeats für die Berichterstattung über Osteuropa gewinnen sie an Gewicht. Im November 2010 hatte eine Berliner PR-Agentur im Auftrag des belarussischen Regimes versucht, deutschen Journalisten die Liberalisierung des Landes zu demonstrieren. Das brutale Vorgehen des Lukašenka-Regimes nach den Wahlen am 19. Dezember 2010 führt derartige Bemühungen um ein besseres Image ad absurdum.

Mark Brüggemann

Koloniales sprachliches Erbe

Sprache und Nation in Lukašenkas Belarus

Die Debatte über Sprachen ist in Belarus unter Staatspräsident Aljaksandr Lukašenka ein politisch brisantes Thema. In Deutungskämpfen um die Sprachgeschichte geht es unter anderem darum, ab wann das Weißrussische gegenüber dem Russischen eine eigenständige Entwicklung nahm. In der Debatte um die sprachliche Gegenwart dominieren zwei Themen: die Sprachenpolitik seit Amtsantritt Lukašenkas und die Konkurrenz zweier Varianten der weißrussischen Sprache, die vor allem an der Orthographie festgemacht wird. Alle drei Diskurse sind für das Selbstverständnis der Weißrussen als Nation und die politische Orientierung von Belarus von zentraler Bedeutung.

Christian Ganzer, Alena Paškovič

»Heldentum, Tragik, Tapferkeit«

Das Museum der Verteidigung der Brester Festung

Der »Große Vaterländische Krieg« ist in Belarus ein wichtiger historischer Referenzpunkt. Die Gedenkstätte *Brester Heldenfestung* nimmt in der Vermittlung eines kanonisierten Geschichtsbildes eine zentrale Position ein. Auch heute noch pflegt die offizielle Erinnerung das Bild der tapferen Rotarmisten, die die Festung beim Angriff der deutschen Truppen auf die Sowjetunion 1941 fast einen Monat lang verteidigten. Unliebsame Themen wie Gefangenschaft und Genozid werden zugunsten des Mythos von Männlichkeit und Soldatenehre vollkommen ausgeblendet.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladivostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Belarus Perspektiven

- Seit mehr als zehn Jahren berichten die **Belarus Perspektiven** aus einem fast unbekanntem Land. Uns lesen Initiativen und Politiker, Journalisten und Unternehmer – all jene, die in Belarus etwas bewegen wollen.
- Durch unsere kritischen Berichte und Analysen sind unsere Leser nicht nur auf dem neuesten Stand – sie erfahren auch, was hinter den Kulissen geschieht.



IBB

Internationales
Bildungs- und
Begegnungswerk

- Autoren der **Belarus Perspektiven** sind namhafte belarussische Journalisten, unabhängige Medienvertreter, Wirtschaftsexperten und zivilgesellschaftliche Akteure.
- Die Zeitschrift erscheint **vierteljährlich** und kostet inklusive Versand **15,- € im Jahresabonnement**.
- Zu beziehen sind die **Belarus Perspektiven** beim IBB in Dortmund bzw. online unter <http://www.ibb-d.de/publikation-anfordernhtml.html>
- **Ältere Ausgaben** der **Belarus Perspektiven** finden Sie im Archiv als pdf-Datei zum **Download**, <http://www.ibb-d.de/bp-archiv.html>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de